Bretschger, Jakob
Die Marokko-Konferenz



Die
Marokko-Konferenz
Algeciras 1906

INAUGURAL-DISSERTATION
ZUR
ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
DER
HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
UNIVERSITÄT BERN
VORGELEGT VON

JAKOB BRETSCHGER
von **Freienstein**, Kt. Zürich.



ZÜRICH ▫ 1913
Dissert.-Druckerei Gebr. Leemann & Co.
Stockerstr. 64



Die Marokko-Konferenz
Algeciras 1906

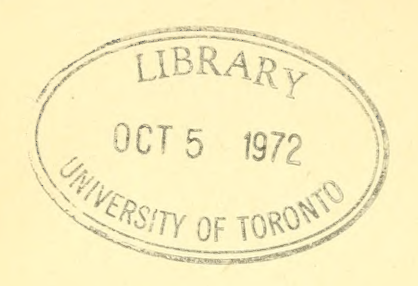
▫▫▫▫
▫▫▫▫▫▫▫▫

INAUGURAL-DISSERTATION
ZUR
ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
DER
HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
UNIVERSITÄT BERN
VORGELEGT VON

JAKOB BRETSCHGER
von **Freienstein**, Kt. Zürich.



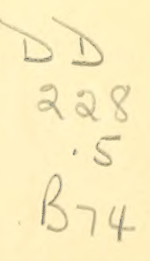
ZÜRICH ▫ 1913
Dissert.-Druckerei Gebr. Leemann & Co.
Stockerstr. 64



Von der philosophischen Fakultät auf Antrag des Herrn Professor Dr. Woker angenommen.

Bern, 26. Juni 1912.

Der Dekan:
Prof. Dr. G. Huber.



Inhaltsverzeichnis.

A.

Vor-Verhandlungen.

Marokko gewinnt seine internationale Bedeutung mit der Madrider Konferenz von 1880, welche auf Anregung Englands und der Einladung Spaniens erfolgt war. Der Zweck dieser Konferenz war die Regelung und Begrenzung der Rechte, Schutzbefohlene zu haben.

Um diese Zeit beginnt der überwiegende Einfluss von Frankreich in Marokko. Durch das Bestreben, möglichst viele Schutzbefohlene zu haben, und der damit verbundenen Gelegenheit der Einmischung in die Angelegenheiten des Landes, sucht Frankreich seinen Einfluss zu stärken.

Ende der 90er Jahre tauchen in der europäischen Diplomatie gewisse Teilungsabsichten auf England sollte Tanger, Deutschland einen Hafen auf der atlantischen Seite erhalten. Man kam jedoch nicht über formale Verhandlungen hinaus und die ganze Angelegenheit wurde wieder fallen gelassen.

Die inneren marokkanischen Verhältnisse erleichterten und beschleunigten den Gang der Dinge zusehends. Das Land, durch fortwährende Aufstände der einzelnen Stämme und der Prätendenten beunruhigt, und die dadurch verursachte allgemeine Unsicherheit und Anarchie boten bald Gelegenheit zu weiteren Schritten des Auslandes. Der Sultan verlor zusehends an Autorität und war seiner Stellung als souveräner Herrscher nicht mehr gewachsen.

Zunächst in Mitleidenschaft gezogen wurden die Grenzmächte Frankreich und Spanien. Die beiden Mächte machten

geltend, dass ihre Grenzen durch die Unruhen stark gefährdet seien, und dass die revolutionären Umtriebe auf ihre Gebiete übergreifen könnten. Die beiden Staaten hatten sich in der Tat schon des öftern über Grenzverletzungen und räuberische Einfälle auf ihre Gebiete zu beschweren gehabt und erhöhte Grenzsicherung treffen müssen. Sie mögen indessen diese anarchistischen Zustände im Nachbarreiche nicht ungern gesehen haben, denn es ergab sich daraus der Vorwand, entschiedener sich einzumischen und einen vorherrschenden Einfluss zu erlangen.

1901 und 1902 schloss Frankreich zur besseren Sicherung der Grenzgebiete Abkommen mit dem Sultan ab. Allein die Autorität des Sultans reichte nicht hin zur Unterdrückung der Unruhen und zur Verhinderung von Grenzverletzungen.

Die Stellung Frankreichs zu Marokko skizziert der französische Ministerpräsident Rouvier in der Kammersitzung vom 16. Dezember 1905:

„Depuis soixante ans, le voisinage du Maroc a été pour l'Algérie une cause permanente de trouble et d'agitation. La sécurité de nos communications et de nos postes-frontières, celle de nos sujets algériens, menacée par des excitations de toute nature, la présence constante sur nos confins des rebelles et des fugitifs de chaque insurrection, l'agression continue, non point de maraudeurs isolés, non point de bandes, mais de hordes de plusieurs milliers d'hommes: tout nous imposait la nécessité de réclamer que l'Etat limitrophe remplit ses obligations envers nous.

Nous avons longtemps espéré, nous avons pu même croire à certains moments, que nous obtiendrions du Gouvernement marocain un concours efficace, une collaboration suivie. Les accords de 1901 et 1902 étaient les plus propres à assurer ce résultat. Mais le Gouvernement marocain, livré à lui-même, s'est montré hors d'état d'accomplir ses

devoirs élémentaires envers les étrangers. Le désordre intérieur n'a pas cessé d'augmenter, la rebellion s'est installée au Maroc sur une importante partie du territoire et le Makhzen en est arrivé à un tel degré de faiblesse qu'il ne fait plus l'effort nécessaire pour garantir la sécurité des Européens."

Dann äussert sich Rouvier weiter:

„La France ne peut pas ne pas avoir une politique marocaine, la forme et la direction que prendra dans l'avenir l'évolution de l'Empire marocain influéront d'une manière décisive sur les destinées de nos possessions de l'Afrique du Nord."

In Frankreich werden die Blicke auf das Nachbargebiet immer begehrlicher. Man gefällt sich in dem schönen Gedanken der Angliederung Marokkos an das algerische Gebiet und der Gründung eines grossen nordafrikanischen Kaiserreiches. Frankreich sucht nun durch Abkommen mit den zwei Mittelmeerstaaten, England und Spanien, die Ausführung seiner Pläne sich zu sichern.

Am 8. April 1904 schliesst Frankreich die *entente cordiale*, und am 6. Oktober 1904 folgt das *französisch-spanische* Abkommen bezüglich Marokko.

Im englisch-französischen Abkommen verzichtet England auf seine Ansprüche in Marokko und Frankreich gewährt England freie Hand in Aegypten, und in dem französisch-spanischen Abkommen wird lediglich die Interessenzone zwischen Frankreich und Spanien für Einführung der Reformen festgelegt, und dem französisch-englischen Abkommen seitens Spaniens die Zustimmung erteilt.

Die *Erhaltung des politischen Status* in Marokko wird ausdrücklich ausgesprochen.

In Artikel 2 des französisch-englischen Abkommens heisst es:

„Le gouvernement de la République française déclare qu'il n'a pas l'intention de changer l'état politique du Maroc“,

und im französisch-spanischen Abkommen findet sich folgender Passus:

„Le gouvernement de la République française et le gouvernement de sa Majesté le Roi d'Espagne déclarent qu'ils demeurent fermement attachés à l'intégrité de l'Empire marocaine sous la souveraineté du Sultan.“

England lässt sich den Fortbestand seiner bisherigen Verträge und Abmachungen mit Marokko durch Frankreich garantieren, von der Sicherstellung der Rechte anderer Nationen ist n i c h t die Rede.

Die w a h r e n Absichten der Kontrahenten treten erst in den beiden G e h e i m a b k o m m e n (veröffentlicht 1911), die den beiden offiziellen Abkommen beigefügt sind, zu Tage. Es wird bereits der Fall ins Auge gefasst, wo die in den offiziellen Abkommen ausdrücklich garantierte Souveränität n i c h t mehr besteht, und für diesen Fall die nötige Vereinbarung getroffen.

In Art. 1 des französisch-englischen Geheimabkommens findet sich folgende Stelle:

„Dans le cas où l'un des deux gouvernements se verrait contrint par la force des circonstances de modifier sa politique vis-à-vis de l'Egypte ou du Maroc . . . .“,

und in Art. 3 desselben Abkommens:

„. . . le jour oú le Sultan cesserait d'exercer sur elle (une certaine quantité du territoire) son autorité . . .“

Diese Sprache lässt über die wahren Absichten Frankreichs und Spaniens keinen Zweifel mehr, es handelt sich um die Okkupation in kürzerer oder längerer Zeit — ein Vorwand zum Einschreiten dürfte sich immer finden lassen.

Marokko wird von England gänzlich Frankreich und Spanien überlassen, wofür England weitestgehende Kompetenz in Aegypten erhält. Frankreich und Spanien verein-

baren die Grenzlinie ihrer zu okkupierenden Gebiete, die Grenzlinie geht von Melilla im Osten bis zu den Höhen des rechten Ufers des Sebuflusses im Westen.

Dass schon 1904 etwas von geheimen Abmachungen durchsickerte, ist klar. In Deutschland wird die entente cordiale deshalb skeptisch aufgenommen, man befürchtet in den Abmachungen eine Spitze gegen Deutschland, man vermutet sogar Annexionsgelüste Frankreichs bezüglich Marokko.

Reichskanzler Bülow skizziert im deutschen Reichstag am 12. April 1904 die Stellung Deutschlands zu Marokko anlässlich des Abschlusses des französisch-englischen Abkommens folgendermassen:

„. . . . was speziell Marokko betrifft, welches den Hauptteil dieses Abkommens ausmacht, so sind wir in diesem Lande hauptsächlich in wirtschaftlicher Beziehung interessiert; wir haben hier vor allem Handelsinteressen. Auch haben wir ein wichtiges Interesse, dass Ruhe und Ordnung in diesem Lande herrschen.

Wir müssen unsere merkantilen Interessen in Marokko beschützen und wir werden sie auch beschützen."

Trotz den geheimen Vereinbarungen, worin die Aenderung des politischen Status bereits ins Auge gefasst wird, bemüht sich Frankreich auf das Nachdrücklichste, die Welt von seiner Uneigennützigkeit und seiner Loyalität gegenüber Marokko zu überzeugen und die Misstrauischen zu beruhigen.

Der französische Ministerpräsident Delcassé versichert gesprächsweise am 27. März 1904 dem deutschen Botschafter Prinz von Radolin in Paris, als dieser ihn interpelliert über den Stand der französisch-englischen Unterhandlungen bezüglich Marokko:

„Nous voulons maintenir au Maroc l'état politique et territorial actuel, mais cet état, pour durer, doit manifestement être soutenu et amélioré.

Il est superflu d'ajouter que, sous quelque forme que nous soyons amenés à prêter assistance au Sultan, la liberté commerciale sera rigoureusement et entièrement respectée.“

Auch in den ferneren Verhandlungen betont Frankreich des Entschiedensten diesen politischen Standpunkt Marokko gegenüber einzunehmen und festzuhalten.

Auch der Sultan soll beruhigt und ihm klar gemacht werden, dass seine Besorgnisse um die Souveränität unbegründet seien, dass es sich nicht um Aenderungen des politischen Status, sondern um blosse Einführung unerlässlicher Reformen handle.

In einem Schreiben der französischen Regierung an den Sultan vom 18. Mai 1904 wird diesem bezüglich der französischen Abkommen versichert:

„Le Gouvernement marocain n'a donc pas à s'en alarmer, le Gouvernement français n'a pas l'intention de changer l'état politique du Maroc. La déclaration franco-anglaise constate cet état de fait.

Vous verrez la souveraineté de l'Etat marocain garantie dans des conditions qui lui assurent l'avenir.“

Und in Bezug auf Herstellung von Ruhe und Ordnung und Einführung von Reformen bemerkt das Schreiben:

„Les troubles et l'agitation survenus dans les tribus marocaines ont leur répercussion sur les nôtres. Nous avons donc le devoir de nous en préoccuper.“

„. . . . seule notre nation est en mesure de veiller à ce que rien ne puisse les compromettre. Notre intérêt de voisins et notre devoir d'amis nous y portent également.

Je suis persuadé, d'ailleurs, que sa Majesté, ainsi que son Gouvernement, comprend la pressante nécessité de réformes progressives qui, en respectant les coutumes et en tenant compte des traditions.“

Der Sultan scheint von den Versicherungen Frankreichs befriedigt zu sein, und die Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko gestalten sich zunächst günstig.

Der Sultan dankt der französischen Regierung für ihre früheren und gegenwärtigen Bemühungen um Marokko und spricht sein aufrichtiges Vertrauen aus zu den guten Absichten Frankreichs. (18. Juni 1904.)

„Votre lettre est un argument de plus en faveur du raffermissement de cette conviction et un témoignage de vos bonnes intentions, conformes aux désirs des deux pays.“

Die erhöhte Tätigkeit Frankreichs in Marokko macht sich bald geltend, die Einführung von Reformen wird energisch an die Hand genommen, wobei der französische Einfluss zur vorherrschenden Geltung gebracht werden soll.

Am 16. Juni 1904 schliesst der Sultan mit einem französischen Konsortium ein Anleihen ab (die Anleihe, die bei der Konferenz soviel von sich zu reden macht). Frankreich leiht dem Makhzen ebenfalls Unterstützung beim Angriff der Aufständischen auf Tanger.

Der Sultan engagiert für die Garnison von Tanger einen französischen Lieutenant als Artillerie-Instruktor. Am 29. Juli 1904 werden einige weitere französische Instruktionsoffiziere engagiert.

Als der französische Gesandte von Paris nach Tanger abreist, werden ihm folgende Direktiven bezüglich seiner politischen Mission mitgegeben:

Engagierung einer Anzahl algerischer Offiziere und Soldaten für die Garnison von Tanger.

Errichtung eines Polizeikorps, dessen Kern der algerisch-muselmännischen Polizei zu entnehmen ist, unter Leitung französischer Offiziere.

Auszahlung des Soldes durch französische Instruktoren, soweit französisches Instruktionsgebiet.

Errichtung von ständigen Wachtposten durch Frankreich und Marokko an der algerisch-marokkanischen Grenze.

Verbesserung der Steuereinnahme.

Erhöhung der direkten und indirekten Steuern.

Errichtung einer Staatsbank unter Führung französischer Banken.

Verbesserung der Häfen, Verkehrsmittel etc.

Am 17. Dezember 1904 erfolgt eine ernstliche Trübung der marokkanisch-französischen Beziehungen. Der Makhzen lässt die französische Regierung wissen, es sei aus „Sparsamkeitsrücksichten" entschlossen, die fremden Instruktoren in Tanger und Rabat innert einem Monat zu entlassen.

In Frankreich ist man empört über das brüske Vorgehen des Sultans.

Frankreich antwortet mit einer scharfen Note:

Für den Fall, dass der Makhzen auf seinem Entschlusse beharren sollte, sofortiger Rückzug der militärischen Mission Frankreichs aus Tanger, sofortige Abberufung des französischen Vizekonsuls und der französischen Staatsangehörigen aus Marokko.

Der Sultan zieht seinen Entschluss zurück in einer Note vom 30. Dezember 1904. Er erklärt sich bereit, die französischen Ratschläge und Reformen anzunehmen und alle Schritte rückgängig zu machen, welche die bis anhin guten marokkanisch-französischen Beziehungen trüben könnten.

In einer Unterredung des französischen Gesandten mit dem Sultan vom 15. Februar 1905 erklärt dieser, dass der grösste Teil der vorgeschlagenen Reformen annehmbar und in nächster Zeit ausführbar sei. Einige freilich dürften auf etwelche Schwierigkeiten stossen.

Die französisch-marokkanischen Verhandlungen nehmen von Neuem eine Wendung zum Schlimmen. In Frankreich vermutet man starken deutschen Einfluss.

Die deutschen Kolonialen und die Alldeutschen haben inzwischen durch Versammlungen und durch die Presse Stimmung für eine politische Einmischung in Marokko ge-

macht. Sie verlangen, falls der status quo in Marokko durch Frankreich geändert werden sollte, als Kompensation für Deutschland zum Mindesten gleich grosse Gebietsteile wie Frankreich (auf der Atlantischen Seite mit event. Flottenstützpunkt).

In Frankreich ist man skeptisch Deutschland gegenüber, man befürchtet politische Einmischung seitens dieser Macht.

„Je ne pense point que l'on doive s'attacher trop strictement à ces déclarations, si l'on veut rechercher l'orientation de la politique allemande au Maroc“, bemerkt der französische Botschafter in Berlin bezüglich der Aeusserungen Bülows, wonach Deutschland nur „wirtschaftliche“ Interessen in Marokko zu verfolgen habe.

Dann führt der französische Gesandte weiter aus:

„J'incline à penser que, l'empereur imprimera a sa politique plus d'activité et de hardiesse. Il tentera donc, j'imagine, d'intervenir dans la réglement de la question marocaine, soit indirectement, en influençant les dispositions de l'Espagne, soit directement en demandant pour le commerce allemand le traitement accordé à celui de l'Angleterre.“

In Deutschland fühlt man sich umgangen und beiseite geschoben, da über deutsche Rechte in Marokko verhandelt werde, ohne Deutschland befragt zu haben. Man fühlt sich verletzt, dass das englisch-französische Abkommen nicht „offiziell“ zur Mitteilung gelangte.

Man wittert, wie schon früher bemerkt, hinter dem Vorgehen Frankreichs mehr als die blosse Einführung von Reformen. Bestärkt wurde der Verdacht durch einige Pariser Blätter, die für den Gedanken Stimmung machten, Marokko in gleiches Verhältnis wie Tunis zu bringen.

Diese Misstimmung findet ihren Ausdruck in einem Erlass des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in London:

„. . . wir waren daher berechtigt anzunehmen, dass, falls im Laufe der Zeit Neuerungen eingeführt werden sollten, welche geeignet wären, die Interessen der Fremden zu berühren, Deutschland zu denjenigen Staaten gehören würde, mit welchen man deswegen in Verhandlung treten werde.“

Und am 11. Februar 1905 bemerkt der deutsche Gesandte in Tanger dem französischen Gesandten gegenüber auf unzweideutige Weise:

„Après l'accord franco-anglais, nous supposions que le Gouvernement français attendrait, pour nous mettre au courant d'une situation nouvelle, que l'entente franco-espagnole, prévue dans l'arrangement du 8 avril, fut effectuée. Mais aujourd'hui tout étant définitivement conclu et les ratifications parlementaires étant intervenues, nous nous sommes aperçus qu'on nous tenait à l'écart systématiquement. Nous avons donc fixé notre attitude en conséquence. N'allez pas croire que je me sois tracé une ligne de conduite de ma propre initiative. En présence des interprétations contradictoires de nos journaux, j'ai cru devoir solliciter de mon Gouvernement des instructions formelles. Et c'est alors que le Comte de Bulow m'a fait savoir que le Gouvernement Impérial ignorait tout les accords intervenus au sujet du Maroc et ne se reconnaissait comme lié en aucune manière relativement à cette question.“

Am 31. März 1905 erfolgt der Besuch des deutschen Kaisers in Tanger. Die Rede des deutschen Kaisers lässt über die Richtung der deutschen Politik keinen Zweifel mehr:

„C'est au Sultan en sa qualité de souverain indépendant, que je fais aujourd'hui ma visite. J'espère que sous la souveraineté du Sultan, un Maroc libre restera ouvert à la concurrence pacifique de toutes les nations, sans monopole et sans annexion, sur le pied d'une égalité absolue. Ma visite à Tanger a eu pour but de faire savoir

que je suis décidé à faire tout ce qui est en mon pouvoir pour sauvegarder efficacement les intérêts de l'Allemagne au Maroc, puisque je considère le Sultan comme souverain absolument libre. C'est avec lui que je veux m'entendre sur les moyens propres à sauvegarder ces intérêts. Quant aux réformes que le Sultan a l'intention de faire, il me semble qu'il faut procéder avec beaucoup de précaution, en tenant compte des sentiments religieux de la population pour que l'ordre public ne soit pas troublé."

Ebenso deutlich äussert sich der deutsche Reichskanzler in einem Erlass vom 11. April 1905 an den deutschen Botschafter in London:

„Wir stehen auf dem Standpunkte, dass diesem französischen Vorhaben die völkerrechtliche Grundlage fehle, und dass dadurch die Interessen aller derjenigen Staaten beeinträchtigt werden, welche bei den früheren marokkanischen Konferenzen mitberaten haben und jetzt nicht von Frankreich gefragt worden sind."

Bezüglich des Zeitpunktes des Eingreifens Deutschlands in die marokkanische Angelegenheit äussert er sich weiter:

„. . . . . wir traten aus der Beobachterrolle nicht heraus bis zu dem Augenblicke, wo die marokkanische Regierung unseren Vertreter in Tanger fragen liess, ob wirklich der französische Gesandte, wie er das vor dem Makhzen erklärt habe, Mandatar der europäischen Mächte sei."

Der französische Gesandte in Tanger bestritt später, sich in dieser Weise geäussert zu haben.

Delcassé versichert dem deutschen Botschafter in Paris am 14. April 1905 von Neuem und des Eingehenden die Aufrichtigkeit der französischen Absichten und bemerkt zum Schlusse:

„Notre politique n'a pas varié, notre attitude est aussi nette que nos déclarations."

In Frankreich wird man auf das Höchste verstimmt und misstrauisch gegen Deutschland. Es ist die Zeit der Niederlagen Russlands bei Mukden und man wittert aggressive Pläne Deutschlands. Die politische Lage spitzt sich zusehends zu.

Der französische Botschafter in Berlin äussert sich seiner Regierung gegenüber:

„Il me paraît hors de doute que le Gouvernement Impérial a l'intention de profiter des circonstances pour donner satisfaction aux intérêts et à l'amour-propre de l'Allemagne. Ces circonstances sont particulièrement favorables. Les revers et les troubles de la Russie ont accrue l'impatience des aspirations allemandes.“

Und die deutsche Presse glaubt feststellen zu können, dass durch die Niederlagen Russlands die Doppelallianz schwere Einbusse erlitten habe und dass für Frankreich auf lange Zeit wirksame militärische Hilfe Russlands ausgeschlossen sei.

Anfang April 1905 tauchen die ersten Gerüchte in der deutschen Presse auf von der Regelung der marokkanischen Frage durch eine internationale Konferenz.

Am 9. April 1905 äussert sich Delcassé dem französischen Gesandten in Tanger gegenüber:

„J'ai tout lieu de croire qu'on a suggéré ou que l'on va suggérer au Sultan l'idée de provoquer une Conférence internationale pour régler la Question marocaine.“

Und dann fügt er gleich bezeichnend bei:

„C'est demander au Sultan de se mettre lui-même en tutelle.“

Am 12. April tritt die deutsche Regierung „offiziell“ mit dem Projekte der Regelung der marokkanischen Frage durch eine Konferenz hervor. In einem Erlasse an die kaiserlichen Missionen heisst es:

„Da die deutsche Regierung nicht darnach strebt, durch eine Sonderabmachung Sondervorteile für sich zu erlangen, so betrachtet sie eine neue Konferenz der Vertragsstaaten als das gegebene Mittel zur friedlichen Lösung des jetzigen Interessenkonfliktes.“

Frankreich, als entschiedener Gegner der Konferenz, macht grössere Anstrengungen, um den Sultan zur Annahme der französischen Reformen zu bewegen. Anfangs Mai 1905 geht eine scharfe französische Note an den Sultan ab, mit der kategorischen Erklärung, es könne keine Zwischenmacht zwischen Frankreich und Marokko geben.

„Il ne peut pas y avoir de Puissances intermédiaires entre le Gouvernements français et le Gouvernement marocain qu'il n'y a de pays intermédiaire entre le Maroc et la France algérienne. Seule la France est limitrophe du Maroc. Le Makhzen connait les obligations qui découlent pour lui de ce voisinage et qu'il n'a pas remplies. Il ne peut davantage nier les griefs qu'il nous a fournis et que, soit impuissance, soit mauvaise volonté, il nous fournit tous les jours.“

Am 27. Mai 1905 erfolgte die endgültige Ablehnung der französischen Reformvorschläge durch den Sultan. In der diesbezüglichen Note heisst es:

„Le Sultan n'ignore pas le voisinage de l'Algérie et qu'il n'a cessé d'entretenir de bons rapports avec le Gouvernement français, d'avoir confiance en lui et de respecter les droits de voisinage. — Seulement, lorsqu'il a soumis aux notables de ce pays ce qui a eu lieu avec vous, ils m'ont demandé de ne consentir à aucune réforme militaire ou autre dans ce pays, par une seule d'entre les Puissances étrangères, si ce n'est après la réunion d'une conférence internationale à Tanger à laquelle prendraient part les Ministres des Puissances signataires de la Convention de Madrid et les délégués du Makhzen, qui seraient chargés

de négocier la façon dont auraient lieu les réformes nécessitées par la situation et de donner à cet effet leurs avis de manière à satisfaire à l'opinion publique.

Le Sultan ne peut être en opposition avec le peuple, car celui-ci a le droit de ne pas se désintéresser d'une question de la plus haute importance."

Dann kommt die Note auf die Konferenz zu sprechen:

„En conséquence, un ordre chérifien a prescrit au représentant du Sultan à Tanger de demander aux Puissances, par l'intermédiaire de leurs Ministres, la réunion d'une conférence à Tanger entre ces Ministres et les délégués du Makhzen, afin de traiter sur les Propositions faites par le Makhzen en ce qui concerne les réformes appropriées à la situation présente de l'Empire."

Schon am 4. Juni lässt der Makhzen eine Zirkularnote bezüglich der Teilnahme an der Konferenz an die Mächte abgehen.

Wie konnte der Makhzen es wagen, Frankreich so entschieden entgegen zu treten?

Die Haltung des Sultans kann nur durch die Stellungnahme Deutschlands erklärt werden, das gänzlich hinter Marokko stand. Dies bestätigt auch die unzweideutige, am Schlusse fast drohende Aeusserung des deutschen Botschafters in Paris in einem Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten:

„Nous avons promis au Sultan, de maintenir son indépendance, de même nous lui avons dit que les réformes devraient être réglées par voie de Conférence internationale. Si elle n'a pas lieu, c'est le status quo et il faut que vous sachiez que nous sommes derrière le Maroc."

Frankreich stand nun vor der p r i n z i p i e l l e n Entscheidung. Sollte es seine bisherige Politik opfern und seine Aspirationen auf Marokko aufgeben und sich dem Schiedsspruch der Mächte unterstellen? Sollte es die Re-

formen allein durchführen gemäss seinem bisherigen Standpunkt, oder sollte es das Reformwerk den Beschlüssen der Signaturmächte der Madrider Konvention unterbreiten und damit seine Hoffnungen zerstört und vielleicht für immer vereitelt sehen?

Die endgültige Entscheidung wurde der französischen Regierung sehr schwer. Delcassé, der auf starke militärische Unterstützung seitens England baute, trat mit Entschiedenheit für Festhalten an der bisherigen Politik ein. Die Mehrheit der französischen Regierung, die vor einem kriegerischen Konflikte zurückschreckte, entschloss sich jedoch zum Einlenken. Es erfolgte der Rücktritt Delcassés.

Für Frankreich hält es schwer, sich zur Konferenz zu entschliessen. Ministerpräsident Rouvier äussert sich in einem Gespräch am 11. Juni 1905 zum deutschen Botschafter in Paris:

„Je vous ai toujours déclaré que je n'inclinais pas à l'idée d'une Conference. La réflexion n'a pas modifié mon opinion.

Nous ne pouvons cependant accepter de nous rendre à une Conférence où toutes nos propositions seraient combattues par vous."

Doch lässt Rouvier durchblicken, dass Frankreich die Konferenz event. annehmen würde, unter der Bedingung einer vorherigen prinzipiellen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

„Admettons pour un instant que nous en acceptions le principe. On ne saurait envisager cette idée qu'à la condition de prévoir un accord préalable entre nous."

In den deutschen Noten vom 12. und 16. Juni 1905 an die französische Regierung erklärt Deutschland, mit Frankreich erst in Unterhandlung einzutreten, nachdem die französische Regierung die Einladung zur Konferenz in formeller Weise angenommen haben werde.

Es setzt nun ein lebhafter Notenwechsel zwischen der deutschen und französischen Regierung ein, wobei die deutsche Regierung auf die Dringlichkeit der Konferenz und die Dringlichkeit der Sanktion der Reformen durch die Signaturmächte der Madrider Konvention von 1880 hinweist, während Frankreich den Wert der Konferenz bezweifelt und die deutsche Regierung immer wieder von den unzweideutigen Absichten Frankreichs in Marokko zu überzeugen sucht.

Frankreich steht unter dem Eindruck der doppelten Erwägung, dass die Konferenz gefährlich sein könnte, wenn ihr nicht eine Verständigung vorausgehe, und dass sie unnötig wäre, wenn sie einer solchen folge, aber es lehnt die Konferenz nicht von vorneherein ab. (Französische Note vom 21. Juni 1905.)

Und in der gleichen Note heisst es weiter:

„Unsere Vorschläge an die Scherifische Regierung berücksichtigen und gewährleisten die Grundsätze und Interessen, welche den Gegenstand der Besorgnis der kaiserlichen Regierung bilden. Es kann weder die Souveränität des Sultans, noch die Unverletzlichkeit seines Gebietes, noch die Stellung der Mächte, so wie sie sich aus den Verträgen ergibt, geändert werden.“

Deutschland vertritt den Standpunkt, dass das Heerwesen und die Polizei international zu ordnen sei mit Ausnahme der algerisch-marokkanischen Grenzgebiete, wo die Regelung Frankreich und Marokko allein zustehe, gemäss früheren Verträgen.

Ebenso soll die Finanzreform international gestaltet werden.

„Nimmt aber Frankreich, wie es beabsichtigt, die Lösung dieser Aufgaben allein in die Hand, so ist zu besorgen, dass es durch die Macht der Verhältnisse dahin geführt werden könnte, mehr und mehr die Leitung der Regierungsgewalt zu übernehmen und dadurch allmählich

zu der, nach seinen eigenen Ausführungen nicht erstrebten Stellung in Marokko zu gelangen.“ (Deutsche Note vom 25. Juni 1905.)

Deutschland anerkennt die Sonderstellung Frankreichs unter den Signaturmächten, bedingt durch die grosse marokkanisch-algerische Grenze (1200 km), es betont aber, dass diese Sonderstellung die anderen Mächte von der Teilnahme am Reformwerk nicht ausschliesse.

Bülow versichert dem französischen Botschafter, dass nicht die geringste Erniedrigung (moindre humiliation) Frankreichs an der Konferenz beabsichtigt sei.

In Frankreich ist man noch immer sehr skeptisch gegen die Konferenz.

So bemerkt der österreichische Botschafter in Paris bezüglich einer Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Rouvier:

„Je trouvai le Ministre toujours très sceptique au sujet de l'opportunité de la Conférence qu'il considérait pour le moins comme inutile, sinon même dangereuse.“

Am 12. Juni 1905 gibt Oesterreich seine Zustimmung zur Konferenz, unter Voraussetzung, dass alle Signaturmächte der Madrider Konvention die Konferenz in Aussicht stellen. Es ist mit der Uebertragung des Mandates an eine oder zwei Mächte eventuell einverstanden, unter Wahrung seiner auf Meistbegünstigung beruhenden Rechte.

Die englische Regierung lehnt die Konferenz ab und unterstützt die französische Regierung auf das Nachdrücklichste gegen die deutsche Forderung.

In der zweiten Hälfte Juni macht sich jedoch in England ein merkliches Einlenken zu Gunsten der Konferenz bemerkbar; Oesterreich scheint sich stark darum bemüht zu haben.

Am 8. Juli 1905 endlich, nach gegenseitiger schriftlicher Zusicherung, deutscherseits, dass man auf der Konferenz keine Ziele verfolgen werde, welche mit den berechtigten

Interessen und Rechten Frankreichs in Marokko in Widerspruch stünden, und französischerseits, dass man den Widerstand gegen die Konferenz aufgeben und sie annehmen wolle, erfolgt folgende prinzipielle Einigung über das Programm der Konferenz:

Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans; Integrität seines Reiches.

Wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit.

Nützlichkeit von polizeilichen und finanziellen Reformen, deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll.

Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch die lang ausgedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reiche, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, dass im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche.

Frankreich stellt nun ein „projet de programme" auf, weiches am 1. August der deutschen Regierung übermittelt wird:

I. Organisation de la police hors de la région frontière, c'est-à-dire hors des districts où elle est réglée par un accord franco-morocain.

Création de corps de troupe marocains pour la police à Tanger, Larache, Rabat et Casablanca.

Surveillance et répression de la contrebande des armes par mer.

II. Réforme financière. Concours financier donné au Makhzen par la création d'une banque d'Etat avec privilège d'émmission, se chargeant des opérations de trésorerie, s'entremettant pour la frappe de la monnaie, dont les bénéfices appartiendraient au Makhzen.

La banque d'Etat procéderait à l'assainissement de la situation monétaire.

Les crédits ouverts au Makhzen seraient employés à l'équipement et à la solde des troupes de police et à certains travaux public urgents, notamment à l'amélioration des ports et de leur outillage.

III. Engagement par le Makhzen de n'aliéner aucun des services publics au profit d'intérêts particuliers.

Principe de l'adjudication sans exception de nationalité, pour les travaux publics.

Dieses projet de programme wird deutscherseits günstig aufgenommen.

„Diese Prüfung hat zur lebhaften Befriedigung der kaiserlichen Regierung ergeben, dass die Vorschläge ihrem Umfange wie ihrem Inhalte nach im allgemeinen als eine annehmbare Grundlage für die Beratung der Konferenz angesehen werden können.“ (Deutsche Antwortnote vom 26. August 1905.)

Bezüglich der einzelnen Punkte wünscht Deutschland folgende Modifikationen oder genauere Präzisierung:

Wahl der Polizeistädte durch die Konferenz.

Eventuelle Sanktionierung der Grenzpolizei durch die Konferenz.

Regelung der Contrebande zu Wasser und zu Lande.

Bessere Ausnützung der bisherigen, und Schaffung neuer Einnahmequellen.

Internationale Gestaltung der Staatsbank, sowohl in der Leitung als der Beteiligung am Kapital.

Am 28. September 1905 erfolgte die endgültige Einigung zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich des Programmentwurfes, und dieser wird in folgender Fassung dem Sultan für die Marokkokonferenz vorgeschlagen:

Programmentwurf:

I. 1. International zu vereinbarende Einrichtung der Polizei ausserhalb des Grenzgebietes.

2. Reglement zur Ordnung der Ueberwachung und Unterdrückung des Waffenschmuggels. — Im Grenzgebiet soll die Anwendung dieses Reglements ausschliesslich Sache Frankreichs und Marokkos bleiben.

II. Die Finanzreform. Finanzielle Unterstützung des Makhzen durch die Errichtung einer mit Emissionsrecht ausgestatteten Staatsbank, welche die Aufgaben des Schatzwesens zu besorgen und die Münzprägung zu vermitteln hat, deren Erträge dem Makhzen zufallen.

Die Staatsbank wird die Gesundung der Münzverhältnisse zu betreiben haben.

Die dem Makhzen eröffneten Kredite werden zur Ausrüstung und Besoldung der Polizeitruppen und zu gewissen dringenden öffentlichen Arbeiten, besonders zur Verbesserung der Häfen und ihrer Anlagen zu verwenden sein.

III. Prüfung der Frage eines besseren Ertrages der Steuern und der Erschliessung neuer Einkünfte.

IV. Verpflichtung des Makhzen, keinen Zweig des öffentlichen Dienstes zum Vorteil von Sonderinteressen aus der Hand zu geben.

Grundsatz der Vergebung der öffentlichen Arbeiten im Wege des Zuschlags ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit.

Am 25. Oktober 1905 ist die französische Regierung in der Lage, den Mächten mitteilen zu können, dass der Sultan den Programmentwurf für die Konferenz im allgemeinen angenommen habe.

Vom Sultan wird zunächst Tanger als Konferenzort vorgeschlagen, doch einigt man sich später auf Algesiras in Spanien.

Der Termin für Eröffnung der Sitzungen wird auf den 16. Januar 1906 festgesetzt.

B.

Verhandlungen der Konferenz.

An der Konferenz beteiligten sich folgende Staaten mit folgenden Delegierten:

DEUTSCHLAND:

Radowitz, deutscher Botschafter in Madrid;

Graf Tattenbach, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Deutschlands in Lissabon.

OESTERREICH-UNGARN:

Graf Rud. von Welsersheimb, österreichischer Botschafter in Madrid;

Graf Bolesta-Koziebrodski, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Oesterreichs in Tanger.

FRANKREICH:

Révoil, französischer Botschafter in Bern;

Regnault, bevollmächtigter Gesandter.

ENGLAND:

Sir Arthur Nicolson, englischer Botschafter in Petersburg.

RUSSLAND:

Graf Arthur Cassini, russischer Botschafter in Madrid;

Bacheracht, russischer Gesandter in Tanger.

SPANIEN:

Herzog von Almodovar del Rio, Staatsminister;

Pérez-Caballero, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Spaniens in Brüssel.

ITALIEN:

Marquis Visconti-Venosta, früherer Minister der auswärtigen Angelegenheiten;

Malmusi, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Italiens in Tanger.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA:

Henry White, Botschafter der Vereinigten Staaten in Italien;

Samuel R. Gummere, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Vereinigten Staaten in Tanger.

PORTUGAL:

Graf von Tovar, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Portugals in Madrid;

Graf von Martens Ferrao, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Portugals in Tanger.

BELGIEN:

Baron Joostens, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Belgiens in Madrid;

Graf Buisseret Steenbecque de Blarenghien, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Belgiens in Tanger.

HOLLAND:

Jonkheer H. Testa, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Hollands in Madrid.

SCHWEDEN:

Robert Sager, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Schwedens in Madrid.

MAROKKO:

El Hadj Mohammed Ben el Arbi Ettorres, cherifischer Delegierter;
El Handj Mohammed Ben Abdesselam el Mokri, Finanzminister;
El Hadj Mohammed es Seffar;
Si Abderraham Bennis.

Die Konferenz versammelt sich in offiziellen und in Komitee-Sitzungen.

Die Komiteesitzungen hatten die prinzipiellen Standpunkte, in den zu behandelnden Gegenständen, festzustellen.

Das Compte rendu der Komiteesitzungen wird von einem Sekretariat redigiert.

Ein Redaktionskomitee besorgt die Formulierung der aus den Komiteesitzungen resultierenden Ergebnisse.

Dem Redaktionskomitee gehören an:

Pérez-Caballéroz (Spanien);
Tattenbach (Deutschland);
Malmusi (Italien);
Regnauld (Frankreich);
Si el Mokri (Marokko).

Die Polizeireform und die Bankfrage bilden die Haupttraktanden der Konferenz. Diese Fragen haben weittragenden politischen Charakter und die Hauptverhandlungen werden sich deshalb mit diesen beiden Gegenständen befassen.

Die anderen Reformen sind mehr administrativer Natur und geben daher weniger Veranlassung zu politischen Differenzen.

Die Polizei bietet die nötige Garantie für die Sicherheit des Landes und bietet dem Inhaber des Mandates Gelegenheit, seinen Einfluss zur Geltung zu bringen, „de donner le conseil à Fez“, wie sich ein französischer Minister später ausdrückte. Deshalb werden Frankreich und Spanien

nichts unversucht lassen, die Polizei in ihre Hände zu bekommen.

In der Bankfrage wird Frankreich versuchen, einen möglichst grossen Anteil zu erhalten und durch das Uebergewicht seiner Stimmen einen massgebenden Einfluss ausüben zu können.

Deutschland anderseits wird die Internationalität vertreten und alle Mächte in möglichst gleicher Weise beteiligt haben wollen. Es wird für die offene Türe eintreten und den Sonderinteressen steuern.

I. Polizei-Frage.

Die Konferenz behandelt nur die Polizeiorganisation in den marokkanischen Häfen, in den übrigen Teilen Marokkos mischt sich die Konferenz nicht ein.

Zu Beginn der 10. Komiteesitzung vom 5. März 1906 reichen Deutschland und Frankreich je eine Deklaration, Russland und Spanien je ein Exposé ein, worin die relativen prinzipiellen Standpunkte in der Polizeifrage festgestellt werden.

I. Deklaration Deutschlands.

1. Der Sultan hat — in Ausübung seiner Souveränität — die nötigen Massnahmen zur Sicherung fremder Personen und ihres Eigentums zu übernehmen.
2. Die Signaturmächte unterstützen ihn durch die Organisation einer Polizeitruppe.
3. Die Signaturmächte sind in gleicher Weise interessiert und nehmen in gleicher Weise teil.

„Les puissances signataires étant également intéressées à cette organisation, devront être appelées à y prendre part.“

II. Deklaration Frankreichs.

1. Souveränität des Sultans.

„La France n'a jamais conçu une organisation de police, qui ne respectât pas l'indépendance et la Souveraineté du Sultan."

2. Das Polizeikorps wird unter cherifische Autorität gestellt.

   Frankreich und Spanien leihen dem Sultan ihre Hilfe.

„Si nous nous plaçons au point de vue pratique, on reconnaîtra que la France et avec elle l'Espagne, sont seules aptes à fournir cette aide avec promptitude et éfficacité. Elles seules peuvent mettre sans délai, au service du Makhzen, des instructeurs parlant la langue et connaissant les moeurs du pays, ayant déjà l'expérience des troupes indigènes semblables à celles qu'on veut créer. Elles seules sont en état de fournir, avec les officiers nécessaires, les sous-officiers musulmans."

„L'internationalisation de la police n'ajouterait aucune garantie et aurait les plus grands inconvénients pratiques."

Frankreich beruft sich im ferneren auf sein Abkommen mit England vom 8. Juli 1904, wonach die Ausübung der Polizei ausschliesslich Frankreich und Spanien zugesprochen wird.

Die Wahl der Offiziere wird der Genehmigung des Sultans unterbreitet.

„La désignation de ces officiers doit être soumise à l'agrément du Sultan, que les corps de police resteront placés sous le commandement des autorités chérifiennes, que le rôle des officiers se bornera à prêter à ces autorités les concours techniques pour l'exercice du commandement et le maintien de la discipline. Ils pourvoiront à l'instruction des troupes, surveilleront leur bonne administration et contrôleront le payement régulier de la solde."

3. Bestand: 2000—2500 Mann mit 16 Offizieren und 32 Unteroffizieren.

III. Exposé Russlands.

1. Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans.

„. . . . . tout en sauvegardant la souveraineté du Sultan.“

2. Uebertragung der Hilfeleistung bei der Polizeiorganisation an Frankreich und Spanien.

„Cette autorité ne saurait, d'après mon avis, être représentée que par la France et l'Espagne, seules en mesure, par leur position géographique de Puissances limitrophes, et par les moyens dont elles disposent, d'assumer sans aucun délai, pour une courte durée, tout en sauvegardant la souveraineté du Sultan par le maintien de son autorité effective, la tâche de concourir à l'organisation, dans certaines villes du litoral, de corps de troupes de police marocains.

Pour présider et veiller à l'organisation de cette troupe la France dispose, comme l'Espagne aussi, d'un excellent instrument au moyen de cadres de sous-officiers algériens ou rifains, musulmans de foi et de race. Des officiers français et espagnols seraint désignés pour inaugurer ce service d'instruction.“

Russland vertritt die Ansicht Frankreichs, dass die Internationalisierung der Polizei keinen Erfolg habe.

„La stérilité des efforts tentés par des officiers étrangers au service du Sultan est surabondamment prouvée par vingt années de travaux qui n'ont pas réussi à former une troupe tant soit peu utile et disciplinée à la manière européenne.“

Russland begründet im ferneren seine Ansicht mit den schlechten Erfahrungen des „Conseil internationale Sanitaire“ in Tanger.

IV. Exposé Spaniens.

1. Unverletzlichkeit der Unabhängigkeit des Sultans.

„Il ne s'est jamais agi de substituer à l'autorité et à l'administration chérifienne, une autre autorité et une autre administration.“

2. Uebertragung der Hilfeleistung bei der Polizeiorganisation an Frankreich und Spanien.

Spanien sucht darzulegen, dass die Uebertragung der Polizeiorganisation an Frankreich und Spanien keine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Interessen („liberté économique) der andern Mächte zur Folge habe.

Spanien macht auf die besondere Stellung Frankreichs und Spaniens gegenüber Marokko aufmerksam.

„. . . mais il ne faut pas oublier que l'Espagne et la France ont au Maroc d'autres intérêts en dehors de l'intérêt économique. J'insisterai seulement sur les rapports de voisinage."

Aus diesen Deklarationen und Exposés geht mit Deutlichkeit hervor, dass Frankreich, Russland und Spanien in der Hauptfrage übereinstimmen:

Uebertragung der Hilfeleistung bei der Organisation der Polizei an Frankreich und Spanien.

England schliesst sich dieser Lösung der Polizeireform vollständig an mit der ausdrücklichen Betonung, dass dies die einzig mögliche Lösung sei. Portugal schliesst sich ebenfalls an.

Die Souveränität des Sultans wird von allen Mächten anerkannt. Die diesbezügliche Bestimmung kommt in Art. 2 der Generalakte zum Ausdruck.

Art. 2 der Generalakte.

„La police sera placée sous l'autorité souveraine de Sa Majesté le Sultan. Elle sera recrutée par le Makhzen parmi les musulmans marocains, commandée par des Caids marocains et répartie dans les huit ports ouverts au commerce."

Deutschland sieht sich der geschlossenen Mächtegruppe Frankreich, Russland, England, Spanien, Portugal gegenüber gezwungen, nachzugeben und einzulenken. Es lässt seinen Anspruch auf Internationalität der Polizei fallen.

Damit ist eine der Hauptentscheidungen gefallen und zwar zu Gunsten Frankreichs (11. Kom.-Sitz. 8. März 1906).

Radowitz (Deutschland) bemerkt zu dem Aufgeben der deutschen Position:

„Si par cette adhésion nous renonçons à une partie essentielle des demandes que nous avions jusqu'ici maintenues relativement à la question de la police marocaine, nous le faisons uniquement dans l'espoir d'amener ainsi un accord général."

In der Deklaration vom 8. März, 11. Kom.-Sitz., anerkennt Deutschland, Frankreich und Spanien als die alleinigen Inhaber der marokkanischen Polizei unter der Bedingung genügender Garantien seitens Frankreich und Spanien. Es verlangt vor allem eine internationale Oberaufsicht.

Deutschland fordert diese Garantien in der Befürchtung, dass durch Ausübung der Polizeigewalt durch einzelne Mächte für diese eine Sonderstellung in Marokko erwachsen könnte, welche die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Mächte beeinträchtigen könnte.

„Nous apprécions les raisons qui recommandent d'avoir recours, pour une participation efficace dans cette organisation, à des officiers choisis en France et en Espagne. Mais nous ne saurions admettre qu'une pareille coopération fût limitée à ces deux nations, sans autre contrôle ni garantie de surveillance internationale.

L'excercice de la seule force réelle capable de maintenir l'ordre et de garantir la sécurité publique donnerait aux deux Puissances qui en auraient le privilège exclusif une position exceptionelle, laquelle se ferait sentir sur le terrain des intérêts matériels. Il serait, en effet, à prévoir que le Maroc tomberait dans une dépendance de ces deux Etats dont résulterait une inégalité de situation inacceptable pour les autres nations. Les intérêts de l'Europe au Maroc demandent des garanties plus fortes."

Deutschland verlangt strikte Innehaltung des Prinzips der offenen Türe.

„Nous demandons pour l'organisation de la police marocaine une coopération étrangère qui assure à toutes les nations intéressées légalité du traitement économique et la politique de la porte ouverte.“

Frankreich reicht in der gleichen Sitzung vom 8. März ein Polizeiorganisationsprojekt ein.

Französisches Projekt:

Frankreich und Spanien stellen dem Sultan für die Organisation der Polizei die nötigen Instruktionsoffiziere und Unteroffiziere zur Verfügung. Die Ernennung bedarf der Genehmigung des Sultans.

Die Instruktoren sind für die Dauer von drei Jahren engagiert.

Aufgabe der Instruktoren:

1. Instruktion der Polizeitruppe.
2. Aufrechterhaltung der Disziplin.
3. Ueberwachung der Verwaltung der Polizei.
4. Kontrolle der regelmässigen Soldzahlung der Polizei.
5. Technische Hilfeleistung für die oberste Polizeileitung.

Bestand: 2000—2500 Mann Maximum, mit 16 Offizieren und 32 Unteroffizieren.

Verteilung in Gruppen von 150—500 Mann, je nach der Wichtigkeit der Häfen.

Die Staatsbank schiesst dem marokkanischen Fiskus die nötigen Gelder vor für den Unterhalt und die Soldzahlung der marokkanischen Polizeitruppe.

Der französische Vertreter versichert, dass die französischen Vorschläge dem Prinzipe der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Mächte keinen Abbruch tun.

Frankreich legt sehr grossen Wert auf die Uebertragung der Instruktion an Frankreich und Spanien. Révoil (Frankreich) erklärt, dass Frankreich zu weiteren wirtschaftlichen Garantien gerne bereit sei, falls die französische Nationalität angenommen werde.

Oesterreich sucht zu vermitteln (11. Kom.-Sitz. vom 8. März 1906).

Der österreichische Abgeordnete reicht ebenfalls ein Projekt ein.

Oesterreichisches Projekt:

1. Der Sultan besitzt das oberste Kommando der Polizeitruppe.
2. Der Sultan ernennt die französischen Instruktionsoffiziere für Tanger, Saffi, Rabat und Tetuan.
3. Der Sultan ernennt die spanischen Instruktionsoffiziere für Mogador, Larasch und Mazagan.
4. Der Sultan ernennt einen höheren Polizeioffizier schweizerischer oder holländischer Nationalität als Instruktor für die Polizeitruppe in Casablanca und zugleich als Generalinspektor über die sämtliche Polizei.
5. Die Cadres der Polizeitruppe sind marokkanisch.
6. Die Verwaltung und die Soldzahlung der Polizeitruppe geschieht durch europäische Angestellte.

   Die nötigen Fonds werden durch die Staatsbank zur Verfügung gestellt.
7. Der Generalinspektor gibt Rechenschaft (rendra compte) an das diplomatische Korps in Tanger, welches die Ausführung der Polizeiorganisation zu kontrollieren hat.
8. Diese Organisation wird unter „titre d'essaie“ für die Dauer von fünf Jahren eingeführt.

Die Cherifische Regierung reicht ebenfalls eine diesbezügliche Deklaration ein (12. Kom.-Sitz. 10. März).

Cherifische Deklaration:

1. Die Cherifische Regierung wünscht von der Konferenz nur Ratschläge für die Polizeiorganisation.
2. Der Makhzen wählt nach freiem Ermessen unter den an der Konferenz beteiligten Mächten diejenige, welche er mit dem Polizeimandat beauftragen will.

3. Der Makhzen hat allein das Recht, den Instruktoren Order zu erteilen.
4. Der Makhzen selbst hat sich mit den Instruktoren über die Bedingung und die Dauer ihres Dienstes, über die Behandlung und die Zahlung zu verständigen.
5. Der Makhzen prüft selbst die „moyens propres“ der Polizeiorganisation.

Trotzdem der Makhzen sich möglichste Selbständigkeit zu wahren sucht, verfügen die Mächte ganz nach ihrem Ermessen und beachten die Forderungen des Sultans kaum.

Caballéroz (Spanien) ist mit dem Vermittlungsvorschlage Oesterreichs im Allgemeinen einverstanden, besonders bezüglich der Erteilung des Polizeimandates an Frankreich und Spanien.

Was die Wahl der Offiziere betrifft, ist Spanien der Meinung, dass dieselbe nicht direkt durch den Sultan, sondern durch die zuständigen Regierungen zu erfolgen habe mit der nachherigen Genehmigung des Sultans.

In diesem Sinne wird die Bestimmung von der Konferenz auch angenommen.

Art. 3 der Generalakte.

„Pour venir en aide au Sultan dans l'organisation de cette police, des officiers et sous-officiers instructeurs espagnols, des officiers et sous-officiers instructeurs français, seront mis à sa disposition par leurs Gouvernements respectifs, qui soumettront leur désignation à l'agrément de Sa Majesté Chérifienne. Un contrat passé entre le Makhzen et les instructeurs, en conformité du règlement prévu à l'article 4, déterminera les conditions de leur engagement et fixera leur solde.

Les gouvernements auxquels ressortissent les instructeurs se réservent le droit de les rappeler et de les remplacer par d'autres, agréés et engagés dans les mêmes conditions.“

England macht den Vorschlag, dem Generalinspektor das Kommando in Casablanca nicht zu übertragen, wie dies

Oesterreich vorsieht, sondern ihn einfach mit dem Generalinspektorat zu betrauen.

Als Sitz schlägt England Tanger vor (12. Kom.-Sitz. 10. März 1906).

Frankreich pflichtet den Anschauungen Englands vollständig bei.

Frankreich und Spanien möchten keine dritte Macht an der Instruktion der Polizei beteiligt wissen. Ein Offizier schweizerischer oder holländischer Nationalität eigne sich überdies aus technischen Gründen nicht.

Oesterreich erklärt sich einverstanden mit Frankreich, Spanien und England und zieht seinen Antrag zurück (13. Sitz. 26. März 1906).

Oesterreich schlägt das diplomatische Korps in Tanger für die Kontrolle der Polizei vor.

Es beantragt folgenden Artikel:

„Le contrôle du fonctionnement de la police sera exercé par le Corps Diplomatique à Tanger. A cet effet, l'inspecteur général lui prêtera son concours.“

Deutschland erklärt sich mit Oesterreich einverstanden. Es legt das Hauptgewicht auf ausreichende Garantien in Form der Generalinspektion und der Kontrolle über die Polizei.

„. . . . il est prêt à entrer dans l'examen des projets qui viseraient à créer des garanties sérieuses et éfficaces tant pour le contrôle de la Police que pour le fonctionnement d'un Inspecteur général résidant à Tanger.“

Und etwas später in der gleichen Sitzung:

„Si l'on a adopté le terrain nouveau de délibération qui résulte des amendements présentés aujourd'hui par la Délégation d'Autriche-Hongrie, c'est à condition qu'en retour, l'inspection soit entourée des garanties très sérieuses. C'est pour la Délégation allemande un point capital; s'il ne pouvait pas être réglé conformément à ces vues, il deviendrait sans doute difficile de continuer utilement la discussion de l'organisation de la police.“

Man einigt sich auf folgende Bestimmungen:

Art. 8 der Generalakte.

„Les rapports et communications, faits au Makhzen par l'inspecteur général au sujet de sa mission, seront, en même temps, remis en copie au Doyen du Corps Diplomatique à Tanger, afin que le Corps Diplomatique soit mis à même de constater que la police chérifienne fonctionne conformément aux décisions prises par la Conférence et de surveiller si elle garantit, d'une manière efficace et conforme aux traités, la sécurité des personnes et des biens des ressortissants étrangers, ainsi que celle des transactions commerciales."

Bezüglich der Nationalität des Generalinspektors treten England und Frankreich für den schweizerischen Kandidaten ein, da die Schweiz, als gänzlich uninteressiert in Marokko, vollständig neutral sei.

Dieser Vorschlag wird angenommen.

Art. 7 der Generalakte.

„Le fonctionnement de la police sera pendant la même période de 5 années, l'objet d'une inspection générale qui sera confiée par Sa Majesté Chérifienne à un officier supérieur de l'armée suisse dont le choix sera proposé à Son agrément par le Gouvernement fédéral suisse.

Cet officier prendra le titre d'Inspecteur général et aura sa résidence à Tanger. Il inspectera, au moins une fois par an, les divers corps de police et, à la suite de ces inspections, il établira un rapport qu'il adressera au Makhzen.

En dehors des rapports réguliers, il pourra, s'il le juge nécessaire, établir des rapports spéciaux sur toute question concernant le fonctionnement de la police.

Sans intervenir directement dans le commandement ou l'instruction, l'inspecteur général se rendra compte des résultats obtenus par la police chérifienne au point de vue du maintien de l'ordre et de la sécurité dans les localités où cette police sera installée."

Frankreich, England und Spanien erachten das Generalinspektorat einer neutralen Macht als genügende Garantie, weitere Garantien erscheinen ihnen überflüssig.

Das diplomatische Korps soll seiner allgemeinen Mission überlassen bleiben.

Révoil (Frankreich) bemerkt diesbezüglich:

„Il convient de laisser au Corps Diplomatique sa mission générale au Maroc. Les traités lui donnent des moyens assez étendus de préserver ses ressortissants et de garantir les intérêts particuliers.

Que le Corps Diplomatique, que l'Inspecteur remplissent, d'une manière générale, chacun de leur côté, le mandat qui leur est propre, les garanties que l'on veut élaborer n'en seront que mieux assurées.“

Révoil macht auf den wichtigen Faktor aufmerksam, dass sich die Aufgabe der französischen und spanischen Instruktoren auf die Instruktion beschränke, infolgedessen die Mission der Instruktoren wenig politische Bedeutung habe.

„Les instructeurs n'ont pas de commandement direct; ils ne devront jamais substituer leur autorité à celle des fonctionnaires marocains dans l'exercice de la police. La seule autorité responsable à cet égard, la seule à laquelle on doive demander des comptes dans le cas échéant et par conséquent, faire des représentations, c'est le Makhzen.“

Oesterreich und Deutschland finden die Zeitdauer von drei Jahren für ungenügend für ein befriedigendes Ergebnis der Polizeiorganisation. Sie treten für fünf Jahre ein, mit der Modifikation, dass die Polizeiorganisation zu datieren sei von der Ratifikation der Generalakte der Konferenz.

Frankreich lenkt nach einigem Bedenken ein und nimmt diesen Vorschlag an.

Lösung in Art. 4, Al. 1.

Art. 4, Al. 1, der Generalakte.

„Ces officiers et sous-officiers prêteront, pour une durée de cinq années à dater de la ratification de l'Acte de la Conférence, leur concours à l'organisation des corps de police chérifiens. Ils assureront l'instruction et la discipline conformément au règlement qui sera établi sur la matière; ils devront surveiller l'administration des troupes

et contrôler le payement de la solde qui sera effectué par l'Amin, assisté de l'officier instructeur comptable. Ils prêteront aux autorités marocaines, investies du commandement de ces corps, leur concours technique pour l'exercice de ce commandement."

Deutschland und Oesterreich wollen die einzelnen Häfen durch die Konferenz Frankreich und Spanien zugeteilt wissen.

Frankreich und Spanien, unterstützt von Russland, sind der Meinung, dass Frankreich und Spanien die Verteilung der Häfen direkt mit dem Sultan zu regeln haben.

In der 16. Sitz. vom 31. März 1906 einigt man sich auf Verteilung der Häfen durch die Konferenz, unter Berücksichtigung der französischen und spanischen Wünsche.

Art. 12 der Generalakte.

„Le cadre des instructeurs de la police chérifienne (officiers et sous-officiers) sera espagnol à Tétouan, mixte à Tanger, espagnol à Larache, français à Rabat, mixte à Casablanca, et français dans les trois autres ports."

England findet es wünschenswert, dass der Generalinspektor sich nicht in die Aufstellung der Statuten mische, seine Ratschläge (Avis) sollen genügen.

Frankreich ist damit einverstanden.

Es beantragt, dass auch das diplomatische Korps sich der Einmischung enthalten sollte.

Deutschland will das diplomatische Korps beteiligt wissen.

Einigung im Sinne von Art. 4, Al. 2 und 3 der Generalakte.

Art. 4, Al. 2 und 3, der Generalakte.

„Les dispositions réglementaires propres à assurer le recrutement, la discipline, l'instruction et l'administration des corps de police, seront arrêtées d'un commun accord entre le Ministre de la Guerre chérifien ou son délégué, l'inspecteur prévu à l'article 7, l'instructeur français et l'instructeur espagnol les plus élevés en grade.

Le règlement devra être soumis au Corps Diplomatique à Tanger qui formulera son avis dans le délai d'un mois. Passé ce délai, le règlement sera mis en application."

Ueber den Bestand der Polizeitruppe einigt man sich rasch.

Der Vorschlag Frankreichs wird angenommen.

Art. 5 der Generalakte.

„L'effectif total des troupes de police ne devra pas dépasser deux mille cinq cents hommes ni être inférieur à deux mille. Il sera réparti suivant l'importance des ports par groupes variant de cent cinquante à six cents hommes. Le nombre des officiers espagnols et français sera de seize à vingt; celui des sous-officiers espagnols et français de trente à quarante."

Die Bezahlung der Polizei wird ermöglicht und gewährleistet durch die Vorschüsse der Staatsbank.

Art. 6 der Generalakte.

„Les fonds, nécessaires à l'entretien et au payement de la solde des troupes et des officiers et sous-officiers instructeurs, seront avancés au Trésor chérifien par la Banque d'Etat dans les limites du budget annuel attribué à la police qui ne devra pas dépasser deux millions et demi de pesetas pour un effectif de deux mille cinq cents hommes."

Die Bezahlung und der Unterhalt des Generalinspektors wird in Art. 10 und 11 der Generalakte festgelegt.

Bei Reklamationen der Legationen an das diplomatische Korps findet folgender Artikel seine Anwendung:

Art. 9 der Generalakte.

„En cas de réclamations dont le Corps Diplomatique serait saisi par la Légation intéressée, le Corps Diplomatique pourra, en avisant le Représentant du Sultan, demander à l'Inspecteur général de faire une enquête et d'établir un rapport sur ces réclamations, à toutes fins utiles."

II. Ueberwachung und Unterdrückung der Waffenzufuhr.

(Surveillance et Repression de la Contrebande des Armes.)

Ueber dieses Kapitel, bedeutungsvoll für die Sicherheit des Landes, können wir uns hier kurz fassen, da es keinen Anlass zur Diskussion über politische und staatsrechtliche prinzipielle Fragen bietet, sondern lediglich unter teilweiser Bestätigung früher bestehender Bestimmungen und in Anlehnung an ältere Verträge, Prohibitiv-Massregeln reglementarisch festsetzt. Bei der Behandlung dieses Gegenstandes durch die Konferenz traten infolgedessen keine politischen Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich zu Tage.

1. Einfuhrverbot.

Die Einfuhr sämtlicher Arten von Waffen, Waffenteilen, von Munition und der zu ihrer Herstellung nötigen Stoffe im ganzen Cherifischen Reiche ist verboten (Art. 13 und 16).

Art. 13 der Generalakte.

„Sont prohibés dans toute l'étendue de l'Empire Chérifien, sauf dans les cas spécifiés aux articles 14 et 15, l'importation et le commerce des armes de guerre, pièces d'armes, munitions chargées ou non chargées de toutes espèces, poudres, salpêtre, fulmicoton nitroglycérine et toutes compositions destinées exclusivement à la fabrication des munitions."

Art. 16 der Generalakte.

„L'importation des armes de chasse et de luxe, pièces d'armes, cartouches chargées et non chargées, est également interdite. Elle pourra toutefois être autorisée:

1. Pour les besoins strictement personnels de l'importateur;
2. pour l'approvisionnement des magasins d'armes autorisés conformément à l'article 18."

2. Ausnahme des Einfuhrverbotes.

Die für die Industrie nötigen Sprengmittel (Art. 14), Waffen für das marokkanische Heer (Art. 15), Jagd- und Luxuswaffen (Art. 16 und 17) dürfen unter gewissen Bedingungen — Kontrolle durch einen diplomatischen Vertreter des einführenden Staates und durch die Zollorgane, sowie bei Jagd- und Luxuswaffen, Beschränkung auf das durchaus notwendige Waffenquantum — eingeführt werden.

3. Waffenhandel.

Der Waffenhandel wird durch die Cherifische Regierung in Verbindung mit dem diplomatischen Korps reglementiert (Art. 18, Al. 1).

Er wird nur licensierten Personen in Tanger und einigen anderen besonders zu bezeichnenden Hafenstädten und nur in einer beschränkten Anzahl von Niederlagen gestattet (Art. 18, Al. 2).

Art. 18 der Generalakte.

„Le commerce des armes de chasse et de luxe, non rayées de fabrication étrangère, ainsi que des munitions qui s'y rapportent, sera réglementé, dès que les circonstances le permettront, par décision chérifienne, prise conformément à l'avis du Corps Diplomatique à Tanger statuant à la majorité des voix. Il en sera de même décisions ayant pour but de suspendre ou de restreindre l'exercice de ce commerce.

Seul es les personnes ayant obtenu une licence spéciale du Gouvernement marocain, seront admises à ouvrir et exploiter des débits d'armes et de munitions de chasse. Cette licence ne sera accordée que sur demande écrite de l'intéressé, appuyée d'un avis favorable de la Légation dont il relève.

Des règlements pris dans la forme indiquée au paragraphe premier de cet article détermineront le nombre des débits pouvant être ouverts à Tanger et, eventuellement, dans les ports qui seront ultérieurement désignés.

4. Strafen.

Versuchte oder tatsächliche Verletzung des vorangegangenen Verbotes wird streng bestraft (Art. 20, 21, 22 und 23).

Die Strafen werden durch die Gerichte desjenigen Staates ausgesprochen, dem der Fehlbare angehört (Art. 29, Al. 1, und Art. 29, Al. 2).

Bei der Gerichtsverhandlung hat ein Vertreter der Zollbehörde zugegen zu sein (Art. 29, Al. 3).

Art. 29 der Generalakte.

„Les autorités douanières marocaines devront signaler directement aux Agents diplomatiques ou consulaires les infractions au présent règlement commises par leurs ressortissants, afin que ceux-ci soient poursuivis devant la juridiction compétente.

Les mêmes infractions, commises par des sujets marocains, seront déférées directement par la douane à l'autorité chérifienne.

Un délégué de la douane sera chargé de suivre la procédure des affaires pendantes devant les diverses juridictions.“

Die Strafen bestehen in Geldbussen von 500—5000 Pesetas plus dem dreifachen Wert der importierten Ware und in Gefängnisstrafen von fünf Tagen bis zu drei Jahren. Diese Strafen können einzeln oder zusammen ausgesprochen werden.

Diesen Strafen unterliegen auch der betrügerische Verkauf, die Hehlerei und Kolportage von Waffen und zwar werden sie in gleicher Weise über die Urheber und die Teilnehmer an solchen Vergehen ausgesprochen.

Verdächtige Schiffe können durch den zuständigen Konsulatsvertreter unter Beistand eines Vertreters der cherifischen Zollbehörde untersucht und event. bis zur Erlegung des Strafmaximums oder einer Kaution zurückgehalten werden.

Die beschlagnahmten Waffen gelangen in die Hände des Makhzen, der sie entweder für seine Armee benutzen oder ins Ausland verkaufen darf.

Beschlagnahmte Transportmittel für den Transport über Land werden zu Gunsten des marokkanischen Staatsschatzes verkauft.

Dem Anzeiger eines Defraudationsfalles, den Agenten, welche die Ergreifung des Defraudanten bewerkstelligen, und dem marokkanischen Staatsschatz fallen eine Belohnung zu.

5. Marokkanisch-Französische und Marokkanisch-Spanische Grenzgebiete.

An der marokkanisch-algerischen Grenze und an der Grenze des marokkanischen Staates und der spanischen Besitzungen ist die Anwendung dieses Reglementes ausschliesslich Sache der französischen resp. spanischen und marokkanischen Regierung.

Art. 30 der Generalakte.

„Das la région frontière de l'Algérie, l'application du règlement sur la contrebande des armes restera l'affaire exclusive de la France et du Maroc.

De même, l'application du règlement sur la contrebande des armes dans le Riff, et en général dans les régions frontières des Possessions espagnoles, restera l'affaire exclusive de l'Espagne et du Maroc."

Von den bei der Diskussion über diesen Gegenstand gemachten Einwendungen ist einzig diejenige Belgiens erwähnenswert, welches aus wirtschaftlich-politischen Gründen kein Einfuhrverbot für Jagd- und Luxuswaffen haben wollte. Belgien drang jedoch mit seinen Forderungen nicht durch.

Schliesslich mag noch beigefügt sein, dass die Konferenz — hauptsächlich auf Anregung Frankreichs — Bestimmungen über die Contrebande ohne Rücksicht auf

die bereits zwischen den einzelnen Staaten und Marokko existierenden Bestimmungen und Verträge aufstellte und es den einzelnen Staaten überliess, ihre respektiven Bestimmungen mit den von der Konferenz aufgestellten in Einklang zu bringen.

Der ins Zollwesen übergreifende Abschnitt dieses Kapitels wurde gemeinsam mit jenem reglementiert. (Siehe Kapitel V.)

III. Bankfrage.

In der 7. Komitee-Sitzung vom 20. Februar 1906 werden die Verhandlungen über die Bank eröffnet; am 3. März beginnen die offiziellen Sitzungen.

Deutschland und Frankreich reichen gleich in der 7. Komitee-Sitzung ihre diesbezüglichen Projekte ein.

Die beiden Projekte werden anlässlich der Behandlung der einzelnen Punkte angeführt werden.

Spanien übergibt ebenfalls ein Frageschema.

Die Gesichtspunkte der verschiedenen Projekte lassen sich gruppieren in folgende Kapitel:

1. Abtretung der Vorzugsrechte des Anleihens des französischen Konsortiums von 1904 an die Marokkanische Staatsbank (Anleihen und Münzoperationen).
2. Kasse und Schatzamt (Trésorerie).
3. Aufsicht.
4. Legislatur und Juridiktion in Anwendung auf die Bank.
5. Verwaltungsrat und Direktion.
6. Die Bank als Agence financière der Regierung.
7. Operationen der Bank und Ausgabe von Noten.
8. Münzprägung und Geldoperationen.
9. Sitz (sozial).
10. Konzessionsdauer.

11. Kapital.
12. Vorschüsse der Bank an die Regierung.
13. Spezialfonds.
14. Comité d'Escompte.
15. Unterkunft, Sicherheit, Steuerfreiheit der Bank. Aufsicht der marokkanischen Regierung über die Bank.
16. Aufstellung der Statuten.

Révoil (Frankreich) und Tattenbach (Deutschland) geben zunächst einige allgemeine Erklärungen zur Erörterung und Ergänzung ihrer eingereichten Projekte.

Révoil rekapituliert zuerst die allgemeinen Gesichtspunkte der Bank:

„Concours financier donné au Makhzen par la création d'une Banque d'Etat avec privilège d'émission, se chargeant des opérations de trésorerie et s'antremettant pour la frappe de la monnaie dont les bénéfices appartiendraient au Makhzen. La Banque d'Etat procéderait à l'assainissement de la situation monétaire. Les crédits ouverts au Makhzen seraient employés à l'équipement et à la solde des troupes de police et à certains travaux publics urgents, notamment à l'amélioration des ports et de leur outillage."

Dann fährt Révoil weiter bezüglich der Bestimmung der Bank:

„La Banque Marocaine serait exclusivement un instrument de crédit et de régularisation, mais que là se bornerait son rôle; qu'elle ne devrait être ni un instrument politique ni un élément administratif.

La Banque ne pourrait servir à une influence étrangère aux dépens d'une autre."

Nun macht Révoil auf die besondere Stellung Frankreichs gegenüber Marokko aufmerksam und motifiert die von Frankreich verlangte Berücksichtigung in der Staatsbank.

„. . . . Le crédit du Maroc a été fondé par le marché français. Le Sultan a contracté un emprunt (1904) qui appartient à un groupe français. Il est sage, il est normal que le passé soit absorbé dans le présent.

La France ne prétend pas invoquer la situation commerciale des diverses Puissances au Maroc, mais il faut faire une part au passé dans la future Banque; les intérêts français reconnus par le Sultan dans sa souveraineté et sans porter atteinte à personne doivent être sauvegardés.“

Das deutsche Projekt nimmt mehrmals auf die Kaiserlich Ottomanische Bank Bezug, da dieses Institut unter sehr günstigen Bedingungen arbeitet seit 50 Jahren und gerade diese Bank beteiligt ist am marokkanischen Anleihen von 1904.

1. Abtretung der Vorzugsrechte des Anleihens des französischen Konsortiums von 1904 an die Marokkanische Staatsbank (Anleihen und Münzoperationen).

Ueber diesen Punkt hat sich Révoil (Frankreich) gleich eingehends der Diskussion der Bank des längeren verbreitet.

Französisches Projekt:

Das französische Konsortium des Anleihens von 1904 verlangt als Kompensation seiner Vorzugsrechte (laut Art. 33 des Anleihensvertrages) 4 Anteile am Grundkapital der Bank.

„La souscription des 4 autres parts dans le capital sera attribuée aux Etablissements contractants de l'Emprunt Marocain 1904 contre abandon, en faveur de la Banque Impériale du Maroc, de leurs droits de préférence pour les emprunts et opérations monétaires stipulés par l'article 33 du Contrat d'Emprunt du 12 juin 1904. (Alinéa 9).“

Deutscher Standpunkt:

Bestreitung des Wertes der Vorzugsrechte in verschiedenen Punkten. Stellungnahme gegen die hohen französischen Forderungen.

Révoil (Frankreich) betont von neuem die Wichtigkeit dieser Frage, und dass die marokkanische Staatsbank ihre Rolle als „Agent financier“ der marokkanischen Regierung überhaupt nicht richtig erfüllen könne, wenn sie sich nicht das Vorzugsrecht für öffentliche Anleihen erwerbe, das dem Konsortium des Anleihens von 1904 vertraglich zugesprochen sei.

Deutschland findet es „exorbitant“, dass die französische Gruppe für ihre Vorzugsrechte einen Anteil von vier Teilen an dem Kapital der Bank beanspruche.

Tattenbach (Deutschland) führt hierauf die einzelnen Vorzugsrechte des französischen Konsortiums von 1904 an und sucht deren geringen Wert nachzuweisen. Es sind folgende Rechte:

1. Vorzugsrecht für zukünftige Anleihen:

Art. 33 des französich-marokkanischen Anleihensvertrages sagt:

„Si le Gouvernement impérial du Maroc désire contracter un emprunt ou acheter ou vendre des titres, il en fera part aux banques contractantes ainsi qu'à d'autres et à conditions et prix égaux, la préférence sera accordée aux banques contractantes.“

Das französische Vorzugsrecht bestehe also nur, wenn Bedingungen und Preise der Offerten der verschiedenen Banken die gleichen seien. Da in der Praxis wohl nie zwei Bedingungen ganz gleich seien, so habe dieses Vorzugsrecht in Wirklichkeit keine grosse Bedeutung.

2. Vorzugsrecht für Münzprägung:

Dieses Recht bestehe ebenfalls nur, wenn die Bedingungen und die Preise die gleichen seien. Es besitze also den gleich geringen Wert wie das Vorzugsrecht für künftige Anleihen. Dieses Vorzugsrecht beziehe sich überdies nur auf die Prägung im Auslande, die Münzprägung in Marokko selbst bleibe in den Händen des Makhzen.

Nur beim Kauf von Gold und Silber habe der Makhzen die Verpflichtung, der französischen Gruppe von 1904 Kenntnis zu geben, sei aber frei in der Annahme oder der Verwerfung der Offerte. Dieses Vorzugsrecht sei daher auch von geringem Wert.

Tattenbach gibt zu, dass die französische Gruppe des Anleihens von 1904 noch einige andere Rechte besitze, wie die Garantierechte und die Kontrollrechte, die für die zukünftige Staatsbank von gewissem Interesse seien und welche die Staatsbank gezwungen sei, sich zu erwerben.

Révoil (Frankreich) antwortet, dass für das Bankkonsortium des Anleihens von 1904 ein wirkliches Vorrecht bestehe, da dieses in der Lage sei, die gleichen Bedingungen zu stellen wie die anderen Banken.

Révoil führt weiter an, dass das Vorzugsrecht gleichbedeutend sei dem Rechte, sich an Stelle jedes anderen Etablissements zu setzen („de se substituer à tout autre établissement“).

Diese Interpretation werde schon seit fünfzig Jahren bei der Ottomanischen Bank anerkannt. Der französisch-marokkanische Anleihensvertrag sei diesem Vertrage nachgebildet, also müsse die gleiche Interpretation auch hier anerkannt werden.

Révoil macht auf die allgemeinen grossen finanziellen Interessen Frankreichs in Marokko aufmerksam. Die vier Anteile am Kapital der Bank sollen nicht nur ein Aequivalent der Vorzugsrechte des Anleihens von 1904 darstellen, sondern sie sollen die finanzielle Stellung Frankreichs überhaupt zum Ausdruck bringen.

„Quant à la souscription de 4 parts dans le capital de la banque, attribués au Consortium de 1904 dans le projet français, elle ne représente pas seulement la contre-valeur du droit de préférence appartenant à la banque, elle est aussi la compensation déjà réduite des droits, que la France serait en mesure de faire valoir en raison

de la part qu'elle s'est faite dans la vie économique du Maroc, spécialement dans les affaires financières, dans lesquelles la France possède 80%. Le contract de l'emprunt de 1904 ne saurait être évalué en argent et doit être incorporé dans le capital de la banque projetée sous forme de quatre parts indiquées au projet français."

England und Spanien unterstützen Frankreich.

Pérez-Caballero (Spanien) findet die Kompensationsforderungen Frankreichs für berechtigt, soweit sie sich auf die Vorzugsrechte des Anleihens von 1904 beziehen.

Gesamtverteilung des Kapitals.

Deutsches Projekt:

Jede der elf anwesenden Mächte hat das Recht, einen Teil zu gleichen Teilen in Anspruch zu nehmen:

„Ce capital sera fourni par les Puissances représentées à la Conférence ou par les banques qu'elles désigneront. Chaque Puissance, voulant y participer, aura le droit de réclamer, soit pour elle-même, soit pour une banque ou pour un groupe de banques de son pays une part sociale égale pour tous."

Französisches Projekt:

Einteilung des Kapitals in 15 gleiche Teile. Jede der elf Mächte hat Anspruch auf einen Teil. Die vier übrigbleibenden Teile werden dem französischen Konsortium des Anleihens von 1904 gegeben als Kompensation für seine abzutretenden Vorzugsrechte.

„Le capital social sera divisé en 15 parts, reparties de la manière suivante: la souscription de 11 parts sera réservée aux groupes financiers constitués par l'Allemagne, l'Angleterre, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, l'Espagne, les Etats-Unis, la France, l'Italie, les Pays-Bas, le Portugal, la Russie et la Suède, sans que le même groupe ait le droit de souscrire plus d'une part. Dans le cas où les 11 parts n'auraient pas été toutes souscrites, la ou les parts disponibles seront réparties entre tous les groupes financiers ayant pris part à la souscription et ce, proportionnellement à leur souscription initiale.

La souscription des 4 autres parts sera attribuée aux Etablissements contractants de l'Emprunt Marocain de 1904."

Marokkanisches Projekt:

Einteilung des Kapitals in 15 gleiche Teile.

Ein Teil ist bestimmt für das Konsortium von 1904 gegen Verzicht seiner Rechte laut Art. 33 des Anleihevertrages.

Zwei Teile für Marokko.

Einen Teil für jede der an der Konferenz beteiligten Mächte.

Diejenigen Teile, die nicht gezeichnet werden, werden unter die übrigen Mächte verteilt, mit Ausschluss des Bankkonsortiums von 1904.

Deutschland erklärt sich nach grossen Bedenken bereit, zwei Anteile am Kapital der Bank dem französischen Bankkonsortium von 1904 bewilligen zu wollen unter der Bedingung sowohl der Abtretung der Vorzugsrechte laut Art. 33 bezüglich Anleihen und Münzprägung, als auch des Verzichtes auf Art. 16 und 17 des Anleihensvertrages, und der weiteren Bestimmung, dass die gesamten Zölle in die Staatsbank geworfen werden (12. Sitz., 10. März 1906).

Frankreich will in eine kleine Verminderung der verlangten Anteile einwilligen, findet aber zwei Teile für ungenügend.

Betreff des Kontrollrechtes bemerkt Révoil, dass dasselbe den Inhabern der Titel gehöre (12. Sitz. 10. März 1906).

Frankreich reduziert seine Forderung nach langem Zögern auf zwei Teile, als Kompensation der Vorzugsrechte laut Art. 33 und 32_2.

Die deutsche Forderung, dass alle Zölle in die Staatsbank geworfen werden sollen, kann von Frankreich nicht angenommen werden.

Laut Beschluss der Konferenz verbleiben die Zölle als Garantie dem französischen Konsortium von 1904.

Mit der Reduktion der französischen Forderung auf zwei Anteile am Kapital der Bank ist die Lösung gewonnen.

Es wird diese Frage in folgender Fassung durch die Mächte angenommen (16. Sitz., 31. März 1906):

Art. 56 der Generalakte.

„Le capital initial de la Banque sera divisé en autant de parts égales qu'il y aura de parties prenantes parmi les Puissances représentées à la Conférence.

A cet effet, chaque Puissance désignera une Banque qui exercera, soit pour elle-même, soit pour un groupe de banques, le droit de souscription ci-dessus spécifié, ainsi que le droit de désignation des Administrateurs prévu à l'article 50. Toute banque, choisie comme chef de groupe, pourra avec l'autorisation de son Gouvernement, être remplacée par une autre banque du même pays.

Toutefois deux parts égales à celles réservées à chacun des groupes souscripteurs seront attribuées au Consortium des banques signataires du contrat du 12 juin 1904, en compensation de la cession qui sera faite par le Consortium à la Banque d'Etat du Maroc:

1. Des droits spécifiés à l'article 33 du contrat;
2. du droit inscrit à l'article 32 (Al. 2) du contrat, concernant la solde disponible des recettes douanières sous réserve expresse du privilège conféré en premier rang par l'article 11 du même contrat aux porteurs de titres sur la totalité du produit des douanes."

2. Kasse und Schatzamt.

Deutsches Projekt:

Alle Einkünfte des Staates fliessen in die Staatsbank.

Alle Ausgaben werden durch die Staatsbank, mit Ausschluss jedes anderen Etablissements, bezahlt.

„La Banque remplira les fonctions de trésorierpayeur général de l'Empire, conformément aux dispositions du règlement spécial arrêté en date de ce jour.

Le Gouvernement s'oblige à prendre toutes les mesures nécessaires pour faire que la totalité des revenus de l'Empire soit versée dans les caisses de la Banque en vertu des dispositions du règlement spécial sus indiqué.

La Banque à l'exclusion de tout autre établissement (sans préjudice toutefois des droits acquis à des tiers pour le service des divers emprunts, mais étant bien entendu que les sommes à verser à ces tiers le seront par son entremise), sera chargée du payement de toutes les dépenses publiques effectuées à quelque titre et sous quelque forme que ce soit, tant à l'intérieur de l'Empire qu'à l'Etranger, dans les limites des prévisions et des ressources budgétaires, et conformément aux dispositions du règlement précité."

Französisches Projekt:

Die gesamten Zölle, Minimum 60%, sind dem Bankkonsortium des Anleihens von 1904 als Garantie reserviert, laut Anleihensvertrag von 1904.

Dieses Kapitel, soweit es sich auf die Zölle bezieht, ist schon im vorigen Kapitel (Abtretung der Vorzugsrechte) berührt worden, das Nähere werden wir hier sehen.

Deutschland verlangt, dass auf alle Fälle 40% der Zölle der Bank zugewiesen werden sollen.

Frankreich will diese 40% anerkennen, wenn die 60% der Zölle, die nur ein Minimum darstellen, als Garantie für das Anleihen von 1904 genügen werden.

Deutschland suchte nun seine ursprüngliche Forderung, die gesamten Zölle in die Staatsbank zu werfen, bei Gelegenheit der Kompensationsfrage (voriges Kapitel) nochmals durchzusetzen, wurde aber mit seiner Forderung, wie wir schon gesehen haben, abgewiesen.

Die Zölle verbleiben dem französischen Konsortium

Art. 33 der Generalakte.

„La Banque remplira, à l'exclusion de toute autre banque ou établissement de crédit, les fonctions de trésorier-payeur de l'Empire. A cet effet, le Gouvernement marocain prendra les mesures nécessaires pour faire verser dans

les caisses de la Banque le produit des revenus des douanes, à l'exclusion de la partie affectée au service de l'Emprunt de 1904 et des autres revenus qu'il désignera.

Quant au produit de la taxe spéciale créée en vue de l'accomplissement de certains travaux publics, le Gouvernement marocain devrait le faire verser à la Banque, ainsi que les revenus qu'il pourrait ultérieurement affecter à la garantie de ses emprunts, la Banque étant spécialement chargée d'en assurer le service, à l'exception toutefois de l'Emprunt 1904 qui se trouve régi par un contrat spécial."

3. Aufsicht (Surveillance de la gestion de la Banque).

Diese Frage bildet, wie schon erwähnt, eines der Hauptmomente der Bankfrage. Es bestehen grosse Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich, bis sich durch Vermittlung Englands eine Einigung erzielen lässt.

Deutsches Projekt:

Ein Aufsichtsrat (Conseil de surveillance), bestehend aus den diplomatischen Vertretern der Mächte in Tanger, mit Beifügung eines marokkanischen Delegierten wird mit der Aufsicht der Bank betraut.

„La banque relèvera d'un Conseil de Surveillance.

Le Conseil de Surveillance se composera des Représentants diplomatiques à Tanger des Puissances ayant pris part à la Conférence, avec l'adjonction d'un Délégué marocain. Le Conseil de Surveillance sera autorisé à établir lui-même son Règlement.

Le Conseil de Surveillance aura le droit de prendre connaissance, de tout temps, de la gestion de la banque, soit directement, soit par des commissaires, et de veiller à la stricte exécution des prescriptions réglant la constitution de la banque et sa sphère d'action.

Il devra cependant s'abstenir de toute ingérance dans la marche des affaires de la banque, en tant que les articles 16 et 17 ne lui attribuent pas de fonctions spéciales."

Französisches Projekt:

Ein marokkanischer Oberkommissär (Haut Commissaire), ernannt durch die Cherifische Regierung in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrate der Bank, führt die Oberaufsicht über die Bank.

„Le Gouvernement chérifien exercera sa haute surveillance sur la Banque par un Haut-Commissaire marocain, nommé par lui, après entente préalable avec le Conseil d'Administration de la Banque.

Ce Haut-Commissaire aura le droit de prendre connaissance de la gestion de la Banque; il contrôlera l'émission des billets de Banque et veillera à la stricte observation des dispositions de la concession.

Le Haut-Commissaire devra signer chaque billet ou y apposer son sceau; il sera chargé de la surveillance des relations de la Banque avec le Trésor Impérial.

Il ne pourra pas s'immiscer dans l'administration de la gestion des affaires de la Banque.

Le Gouvernement chérifien nommera un Commissaire-adjoint, qui sera spécialement chargé de contrôler les opérations financières du Trésor avec la Banque."

Deutschland begründet seinen Vorschlag der Oberaufsicht durch das diplomatische Korps damit, dass in Tanger kein anderes geeignetes Organ sich finden lasse.

„Si le projet allemand propose de confier la surveillance spéciale de la Banque au Corps Diplomatique à Tanger, c'est qu'on ne saurait trouver sur place un autre organe susceptible de remplir cette mission. Le Corps Diplomatique à Tanger comprendra toujours, sans doute, un certain nombre de représentants compétents dans cet ordre d'affaires et même, dans les cas contraire, il sera renseigné de tous côtés, pourra procéder à des enquêtes et parer aux inconvénients qui pourraient résulter de la gestion de la Banque pour les intérêts du Gouvernement marocain et pour ceux du commerce général."

Dann betont Deutschland die Notwendigkeit einer genügenden Aufsicht über die Bank für den „guten Gang" der Bank selbst.

„Tout d'abord, en ce qui concerne le pouvoir de la Banque d'émettre des billets, l'encaisse de la Banque est, à la vérité, une première garantie pour le public. Mais elle ne paraît pas suffisante; l'émission doit être aussi garantie pour la confiance que le public aura dans le bon fonctionnement de cette institution et cette confiance sera d'autant plus grande que la surveillance sera plus étroite.

En second lieu, la mission d'assainissement de la monnaie, confiée à la Banque, est un privilège exceptionnel et grave, qu'aucune autre Banque d'Etat au monde ne possède. Le projet français ne prévoit aucune surveillance particulière sur la Banque dans cet ordre d'idées, il y a là une lacune qu'il est indispensable de combler."

Frankreich verteidigt seinen Standpunkt:

„Le Corps Diplomatique se trouverait fort gêné de remplir le rôle qu'on veut lui attribuer; ce serait, en réalité, constituer là une véritable intervention politique, qui porterait atteinte à la souveraineté et à l'indépendance du Sultan. Quant aux abus qui pourraient éventuellement résulter de la gestion de la Banque, l'intervention du Conseil d'Administration suffirait à les réprimer, puisque chaque Puissance y est représentée. Il est de toute nécessité de soustraire la Banque à toute action de politique."

Um einen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich zu ermöglichen, macht England folgenden Vermittlungsvorschlag auf neuer Basis:

Ein Kollegium von drei Zensoren verschiedener Nationalität übt die Oberaufsicht über die Bank aus.

„Il sera formé un Collège de trois Censeurs ayant pour mission d'assurer la stricte observation des clauses du contrat de concession et des articles des statuts. Ils veilleront spécialement à l'exact accomplissement des prescriptions concernant l'émission des billets et pourront, en tout temps, examiner les comptes de la Banque et spécialement les opérations monétaires intéressant le Gouvernement marocain, mais ils ne pourront jamais, sous quelque prétexte que ce soit, s'immiscer dans la gestion des affaires

ni dans l'administration intérieure de la Banque. Ils assisteront aux réunions du Conseil d'Administration mais seulement avec voix consultative. Ils dresseront un rapport annuel qui sera annexé à celui du Conseil d'Administration.

Les premiers Censeurs seront désignés par le Comité chargé de l'élaboration des Statuts et leur nomination ratifiée par l'Assemblée des Actionnaires. Ils seront remplacés par voix de tirage au sort et leurs remplaçants, s'il y a lieu, seront nommés directement par l'Assemblée générale des Actionnaires."

Deutschland und Frankreich nehmen den englischen Vorschlag an.

Tattenbach (Deutschland) dankt Nicolson (England) für den „transaktionellen" Charakter seines Vorschlages und erklärt, dass Deutschland diesen Vorschlag gerne in Erwägung ziehe.

Frankreich schliesst sich gerne an, weil der Vorschlag keinen „politischen" Charakter trage.

Das Redaktionskomitee schlägt folgende Redaktion vor (10. Sitz., 3. März 1906):

„Il sera formé un Collège de trois Censeurs ayant pour mission d'assurer la stricte observation des clauses de la concession et des articles des statuts. Ils veilleront à l'exact accomplissement des prescriptions concernant l'émission des billets; ils pourront en tout temps examiner les comptes de la Banque et devront surveiller les opérations concernant l'assainissement de la situation monétaire; mais ils ne pourront jamais, sous quelque prétexte que ce soit, s'immiscer dans la gestion des affaires ni dans l'administration intérieure de la Banque. Ils auront le droit d'assister aux réunions du Conseil d'administration, mais seulement avec voix consultative. Ils dresseront un rapport annuel qui sera annexé à celui du Conseil d'administration.

Les premiers Censeurs seront nommés par le Comité spécial chargé de l'élaboration des Statuts prévu à l'article 24, et resteront en fonctions pendant trois ans. Le Collège des Censeurs se renouvellera ensuite par la sortie d'un Membre chaque année, suivant l'ordre fixé par tirage au sort.

En cas de vacance ou lors du renouvellement des Censeurs, les deux Censeurs restant en fonctions, font eux-mêmes choix de leur troisième collègue; les membres sortants pourront toujours être réélus."

Die Wahl der Zensoren bildet nun die Streitfrage.

Deutschland schlägt die Wahl der Zensoren durch das diplomatische Korps vor.

„Les trois membres seront nommés par le Corps Diplomatique parmi les Chefs de mission; ils resteront en fonctions pendant trois ans et pourront être réélus."

Deutschland begründet seinen Vorschlag damit:

„. . . . . . d'assurer la complète indépendance du Comité de surveillance vis-à-vis des intérêts engagés dans la Banque. Cette indépendance ne lui paraîtrait pas suffisamment garantie si la désignation des Censeurs était laissée au Comité chargé de la rédaction des Statuts: c'est pourquoi il propose que les Censeurs soient choisis par le Corps Diplomatique à Tanger parmi ses propres membres."

England kann den deutschen Vorschlag nicht gutheissen.

„. . . . malgré tout le respect qui lui est dû, le Corps Diplomatique à Tanger ne présente pas à cet égard les conditions de compétence désirables. Les fonctions de censeur exigent des connaissances techniques qui ne rentrent pas dans les préoccupations habituelles des diplomates. En outre, il semble que ce serait à faire sortir le Corps Diplomatique de son rôle normal et donner inévitablement un caractère politique à une institution qui doit demeurer purement financière."

Frankreich, Russland und Spanien schliessen sich England vollständig an.

Revoil (Frankreich) findet die Aufsicht nach französischem Vorschlag für genügend.

„. . . . . le contrôle et la surveillance du Conseil d'administration paraissaient suffire; il est difficile de supposer qu'un Conseil composé de membres de nationalités diverses se rende complice des manoeuvres politiques.

La nomination des premiers Censeurs par le Comité d'études, sous condition qu'ils soient tous trois de nationalités différentes, et leur recrutement postérieur par Cooptation nous paraissent donner toute garantie.

Les fonctions de Censeur peuvent, en effet, entraîner des responsabilités civiles et pénales, qui ne peuvent s'accorder avec le caractère diplomatique, et que les Gouvernements ne seraient pas disposés à admettre.“

Tattenbach (Deutschland) verteidigt den deutschen Standpunkt auf das entschiedenste, er bemerkt:

„La Délégation allemande avait proposé primitivement l'institution d'un Conseil de surveillance composé du Corps Diplomatique à Tanger; elle a accepté plus tard de substituer à ce Conseil le Système des trois Censeurs suggéré à la dernière séance de Comité par S. Exc. Sir Arthur Nicolson, mais elle ne saurait admettre la désignation de ceux-ci par un organe qui représente exclusivement les intérêts de la Banque. Le caractère international du Conseil d'administration n'exclut pas la possibilité de mesures contraires aux intérêts marocains et commerciaux.“

Révoil (Frankreich) erwidert:

„L'intervention du Corps Diplomatique à Tanger, par son caractère politique et gouvernemental, pourrait porter atteinte à la souveraineté du Sultan. Le mode de nomination initial et de recrutement ultérieur des Censeurs par voie de cooptation, tel que le propose le projet français, assure à cet organe complémentaire de surveillance à la fois l'impartialité politique et l'indépendance que son rôle exige.“

Marokko macht in der 11. Sitzung vom 8. März 1906 den Vorschlag der Beifügung eines marokkanischen Zensors zu den drei internationalen Zensoren; die Forderung des Sultans wird aber nicht berücksichtigt.

Da keine Verständigung auf dieser Basis möglich ist, schlägt Deutschland eine neue Basis vor (10. Sitz., 3. März 1906).

Die Zensoren sollen durch die Staatsbanken der Mächte gewählt werden. Da die Zahl aller zu gross ist, schlägt Tattenbach folgende vier Banken vor:

Die deutsche Reichsbank,
die Bank von Frankreich,
die Bank von England,
die Bank von Spanien.

Diese Banken haben offiziellen Charakter und besitzen volles Vertrauen (11. Sitz., 8. März 1906).

Die glückliche Lösung ist mit diesem Vorschlage gefunden.

Frankreich, England, Russland, Spanien und Italien nehmen den Vorschlag Deutschlands im Prinzipe an.

Es wird die Frage erörtert, ob man die Zahl der Zensoren von vier auf sechs erhöhen wolle, einen Sitz für Italien und einen Sitz für Oesterreich.

Ein anderer Vorschlag geht dahin, die Zahl auf drei herabzusetzen, mit Ausschluss von England (14. Sitz., 27. März).

Diese beiden Vorschläge werden fallen gelassen und man einigt sich auf den ursprünglichen Vorschlag von vier Zensoren.

Art. 51 der Generalakte.

„Chacun des établissements ci-après: Banque de l'Empire Allemand, Banque d'Angleterre, Banque d'Espagne, Banque de France, nommera, avec l'agrément de son Gouvernement, un Censeur auprès de la Banque d'Etat du Maroc.

Les Censeurs resteront en fonctions pendant quatre années. Les Censeurs sortants peuvent être désignés à nouveau.

En cas de décès ou de démission, il sera pourvu à la vacance par l'établissement qui a procédé à désignation de l'ancien titulaire, mais seulement pour le temps où ce dernier devait rester en charge.“

Art. 52 der Generalakte.

„Les Censeurs qui exerceront leur mandat en vertu du présent Acte des Puissances signataires devront, dans l'intérêt de celles-ci, veiller sur le bon fonctionnement de la Banque et assurer la stricte observation de clauses de la concession et des statuts. Ils veilleront à l'exact accomplissement des prescriptions concernant l'émission des billets et devront surveiller les opérations tendant à assainissement de la situation monétaire; mais ils ne pourront jamais, sous quelque prétexte que ce soit, s'immiscer dans la gestion des affaires, ni dans l'administration intérieure de la Banque.

Chacun des Censeurs pourra examiner en tout temps les comptes de la Banque, demander, soit au Conseil de l'Administration, soit à la Direction, des informations sur la gestion de la Banque et assister aux réunions du Conseil d'Administration, mais seulement avec voix consultative.

Les quatre Censeurs se réuniront à Tanger, dans l'exercice de leurs fonctions, au moins une fois tous les deux ans, à une date à concerter entre eux. D'autres réunions à Tanger ou ailleurs devront avoir lieu, si trois des Censeurs l'exigent.

Les quatre Censeurs dresseront, d'un commun accord, un rapport annuel qui sera annexé à celui du Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration transmettra sans délai une copie de ce rapport à chacun des Gouvernements signataires de l'acte de la Conférence."

4. Legislatur und Jurisdiction in Anwendung auf die Bank.

Deutsches Projekt:

Legislatur: Die gesetzlichen Beziehungen der marokkanischen Staatsbank zu Dritten werden in Marokko durch die Vorschriften (proscriptions) des Aegyptischen Code geregelt.

Dieser in Aegypten eingeführte Code soll selbst dem „nationalen" Recht des Verteidigers vorgehen (wenn die Bank als Klägerin auftritt).

Jurisdiktion: Die Gerichtsbarkeit über die Staatsbank in Marokko, sofern die Bank als Verteidigerin auftritt, wird ausgeübt durch einen gemischten Gerichtshof in Tanger, zusammengesetzt aus den Präsidenten der Konsular-Gerichtshöfe mit Beisitz eines marokkanischen Delegierten.

„La banque aura dans chaque pays représenté à la Conférence qualité de personne morale.

Sa position légale au Maroc et les rapports judiciaires dans lesquels elle y entrera avec d'autres personnes, seront régis par les prescriptions des Codes introduits en Egypte pour les procès mixtes sous le titre de „Code civil" et „Code de commerce". Ces prescriptions prévaudront au droit national du défendeur dans les cas où la banque se présente comme demanderesse.

Au Maroc, la juridiction sur la banque, en tant que celle-ci se présente comme défenderesse, sera exercée, même dans les procès immobiliers, par une cour mixte à Tanger, composée des Présidents des Cours consulaires de Puissances intéressées à la banque avec l'adjonction d'un Délégué marocain.

Cette cour décidera en première et dernière instance. Elle sera autorisée à se donner elle-même son organisation.

À la procédure, s'appliqueront les prescriptions du „Code de procédure civile et commerciale" introduit en Egypte pour les procès mixtes.

Si, au Maroc, la banque se présente comme demanderesse, la juridiction se règlera d'après les principes qui y sont en vigueur pour d'autres causes civiles."

Französisches Projekt:

Die Bank wird dem französischen Gesetz unterstellt.

In richterlicher Beziehung gelten die in den Kapitulationen fixierten Bestimmungen.

„La Banque constituée sous le régime de la loi française, sera placée dans les conditions de juridiction et de compétence fixées au Maroc par les capitulations."

Marokkanisches Projekt:

Die Bank wird dem gemischten ägyptischen Gesetze unterstellt (Législation mixte égyptienne, code civil et code commercial).

Deutschland begründet seinen Vorschlag der Unterstellung der Bank unter den in Aegypten eingeführten Code damit, dass die Bank einen internationalen Charakter besitzen und auf der Basis der Gleichheit aller Mächte beruhen müsse.

Révoil (Frankreich) betont, dass das französische Gesetz in vielen Punkten die Basis der meisten fremden Gesetzgebungen sei und dass die Annahme des französischen Gesetzes nicht den Charakter des politischen Einflusses Frankreichs gegenüber diesen Ländern besitze, sondern rein „gesetzlichen Charakter. Ebenso tritt Frankreich dem ägyptischen Code entschieden entgegen.

„Le Projet de la Délégation allemande présente un inconvenient sérieux, celui de nécessiter dans chacun des pays l'intervention législative en vue de soumettre leurs nationaux respectifs à la législation égyptienne, ce qui serait une cause de retard prolongé et risquerait de soulever des susceptibilités nationales puisqu'il s'agirait de modifier essentiellement le statut personnel des étrangers en pays de capitulations."

Die Vereinigten Staaten schlagen bei Streitigkeiten zwischen der marokkanischen Regierung und der Bank einen schon bestehenden, ausländischen Gerichtshof vor, z. B. das Bundesgericht in Lausanne.

Frankreich pflichtet diesem Vorschlag in der 10. Sitz., 3. März 1906, bei.

Deutschland nimmt diesen Vorschlag ebenfalls an.

England tritt dem deutschen Vorschlag: Vorangehen des ägyptischen Code dem „nationalen Recht" des Verteidigers, entgegen; es kann sich nicht entschliessen,

für diesen Fall seine Staatsangehörigen einem anderen, als dem englischen Gesetze, zu unterstellen.

Ebenso tritt England dem deutschen Vorschlag: Errichtung eines gemischten Gerichtshofes in Tanger, für den Fall, wo die Bank als Verteidigerin auftritt, entschieden entgegen.

Es findet diesen Vorschlag für unpraktisch, und es glaubt besonders deshalb nicht zustimmen zu können, weil das deutsche Projekt diesem Gerichtshof die Entscheidung in erster und letzter Instanz gegeben habe.

Deutschland ist bereit, für die zweite Instanz den Rekurs an das Schweizerische Bundesgericht anzunehmen.

Deutschland macht in der 10. Sitz. vom 3. März eine weitere Konzession:

Bei Streitigkeiten, die die Summe von 10,000 Fr. überschreiten, findet Rekurs ans Bundesgericht in Lausanne statt.

Frankreich stellt drei Kategorien von Klägern gegenüber der Bank auf:

1. Der marokkanische Staat,
2. die Associés;
3. Private (Clientèle particulière).

Für Fall 1. hat Frankreich das Bundesgericht in Lausanne angenommen, wie schon bemerkt.

Für Fall 2. will Frankreich ebenfalls das Bundesgericht in Lausanne anerkennen aus Gründen der internationalen Herkunft der Aktionäre, und zwar in erster und letzter Instanz.

Für Fall 3. schlägt Frankreich das französische Konsulargericht vor als Konsequenz der Unterstellung der Bank unter das französische Gesetz.

Révoil (Frankreich) erwähnt, dass die Uebertragung an das französische Konsulargericht auf alle Fälle an der

„normalen“ Situation in Marokko nicht viel ändere, da ohnehin 80% der Bankgeschäfte französisch seien.

England schliesst sich obigen französischen Vorschlägen betreffend der Gerichtsbarkeit vollständig an.

Spanien unterstützt Frankreich ebenfalls.

Deutschland hat für Fall 1. das Bundesgericht in Lausanne angenommen.

Für Fall 2. kann das Bundesgericht ebenfalls angenommen werden.

Für Fall 3. „Streitigkeiten zwischen Privaten und der Bank“ verharrt Deutschland entschieden auf seiner Forderung des gemischten Gerichtshofes, das französische Konsulargericht kann nicht angenommen werden.

Die marokkanischen Delegierten sind einverstanden mit dem Bundesgericht in Lausanne bei Streitigkeiten zwischen der Bank und dem marokkanischen Staat.

Italien sucht zu vermitteln (11. Sitz., 8. März 1906).

Italien findet das französische Gesetz annehmbar.

In der Gerichtsbarkeit unterscheidet Italien vier Kategorien von Streitfällen, die ersten drei Kategorien sind äquivalent den französischen, der 4. Fall sieht die Bank als Klägerin vor gegenüber Privaten.

Fall 1. und 2. sind erledigt.

Der umstrittene Punkt ist Fall 3.

Liesse sich kein Arrangement zwischen dem gemischten konsularen Gerichtshof (deutscher Vorschlag) und dem französischen Konsulargericht (französischer Vorschlag) finden?

Der italienische Vorschlag lautet:

Für Streitigkeiten, die eine gewisse Summe nicht übersteigen, wird ein gemischter Gerichtshof eingeführt, aber nicht zusammengesetzt aus allen, sondern nur aus

drei konsularen Magistraten mit Beisitz von zwei kaufmännischen Notabeln.

Bei Uebersteigung dieser Summe gibt man den Privaten die Garantie eines Magistratenhofes, sowohl für erste Instanz, als auch für die Apellation. Für diesen Fall wäre das Bundesgericht in Lausanne sehr geeignet.

Deutschland lässt den „ägyptischen Code“ fallen. Es anerkennt das französische Gesetz als Legislatur für die Bank (11. Sitz., 8. März).

Es nimmt im Prinzip den italienischen Vorschlag bezüglich der Zusammensetzung des gemischten Gerichtshofes an; betreff der Garantie, die dieser Gerichtshof darstellt, möchte Deutschland jedoch keine Einschränkung in der Höhe des Streitfalles.

Frankreich macht geltend, dass eine Ungleichheit aus diesem System resultiere. Die pekuniäre Kompetenz des Konsulargerichtes sei beschränkt, wenn die Bank Verteidigerin sei, sei aber nicht beschränkt, wenn die Bank Klägerin sei.

Der italienische Vorschlag wird angenommen mit einiger Modifikation. Es wird die Deutschland günstige Bestimmung hinzugefügt, dass die Liste der drei Konsular-Magistrate, der zwei Assessoren und ihrer Stellvertreter durch das diplomatische Korps aufgestellt werde.

Die Gesetzgebung und Jurisdiktion in Anwendung auf die Bank wird in folgenden drei Artikeln festgelegt:

Art. 44 der Generalakte.

„La Banque, constituée avec approbation du Gouvernement de Sa Majesté Chérifienne sous la forme des sociétés anonymes, est régie par la loi française sur la matière.

Art. 45 der Generalakte.

„Les actions intentées au Maroc par la Banque seront portées devant le Tribunal consulaire du défendeur ou

devant la juridiction marocaine, conformément aux règles de compétence établies par les traités et les firmans chérifiens.

Les actions intentées au Maroc contre la Banque seront portées devant un Tribunal spécial, composé de trois magistrats consulaires et de deux assesseurs. Le Corps Diplomatique établira, chaque année, la liste des magistrats, des assesseurs et le leurs suppléants.

Ce Tribunal appliquera à ces causes les règles de droit, de procédure et de compétences édictées en matière commerciale par la législation française. L'appel des jugements prononcés par ce Tribunal sera porté devant la Cour fédérale de Lausanne, qui statuera en dernier ressort.

Art. 46 der Generalakte.

En cas de contestation sur les clauses de la concession ou de litiges pouvant survenir entre le Gouvernement marocain et la Banque, le différend sera soumis, sans appel ni recours, à la Cour fédérale de Lausanne.

Seront également soumises à cette cour, sans appel ni recours, tous les contestations qui pourraient s'élever entre les actionnaires et la Banque sur l'exécution des statuts ou à raison des affaires sociales.“

5. Verwaltungsrat und Direktion.

Deutsches Projekt:

Der Verwaltungsrat (Conseil d'administration) setzt sich aus je zwei Mitgliedern jeder nationalen Bankgruppe zusammen, die mindestens im Besitze eines Viertels eines Anteiles ist. Jede nationale Gruppe wählt ihre Vertreter in den Verwaltungsrat selbst.

Die Direktion wird durch den Aufsichtsrat gewählt.

„La banque . . . sera administrée par un Conseil d'Administration et un Directoire.

Le Conseil d'Administration se composera de deux Délégués de chacun des états, banques ou groupes de banques, qui ont fondé la Banque, en y prenant une part sociale, et qui se trouvent en possession au moins d'un quart de leur quotepart primitive du capital d'actions. Les banques

d'un pays pourront cependant être remplacées par d'autres banques du même pays avec le consentement du Gouvernement de ce pays.

Le Conseil d'Administration surveillera la marche des affaires de la banque; il aura le droit de donner des instructions au directoire, en tant que ce droit n'est pas réservé au Conseil de Surveillance.

Le règlement et la compétance du Conseil d'Administration seront fixés par les statuts de la banque.

Le Directoire sera nommé par le Conseil d'Administration. Il gérera les affaires de la banque et la représentera judicairement et extrajudicairement.

L'organisation et la Compétence du Directoire seront réglées pa les statuts de la Banque."

Französisches Projekt:

Der Verwaltungsrat der marokkanischen Staatsbank wird durch die Generalversammlung der Aktionäre gewählt. Je einem Anteil entspricht ein Verwaltungsratsmandat und zwar müssen die Verwaltungsräte der jeweiligen Nationalität entnommen sein.

Bei Zusammensetzung eines Anteiles aus verschiedenen Nationalitäten werden die Verwaltungsräte direkt von den Aktionären und ohne Berücksichtigung der Nationalität gewählt.

„Le Conseil d'Administration élu par l'Assemblée Générale des Actionnaires sera composé de 15 membres désignés à raison d'un administrateur par part entière, choisi dans la nationalité de chaque groupe souscripteur. Dans le cas où une ou plusieurs parts auraient fait l'objet de répartition entre différents groupes souscripteurs, ainsi qu'il est prévu ci-dessus, le choix de ou des Administrateurs correspondant à ces parts serait fait par l'Assemblée des Actionnaires directement et sans distinction de nationalité.

Les statuts stipuleront l'obligation pour les Actionnaires de maintenir, pendant 10 ans à partir de la constitution de la Société, la représentation par nationalité telle qu'elle vient d'être définie; passé ce délai, l'Assemblé des Actionnaires sera maîtresse de choisir tous les Administrateurs sans distinction de nationalité.

Le Conseil d'Administration nommera ses Président, Vice-président, Directeurs et Sous-Directeurs. Il déterminera leurs pouvoirs et attributions ainsi que ceux des comités qu'il jugerait utile de constituer."

Révoil (Frankreich) ergänzt den französischen Vorschlag dahin, dass Frankreich sich eventuell dazu verstehen könnte, die Vertretung nach Nationalität nur für zehn Jahre Maximum als obligatorisch zu erklären, und dass nach Ablauf dieser Zeit die Aktionäre bei der Wahl nicht mehr an diese Bestimmung gebunden sein sollten.

Der französische Vorschlag, Wahl des Verwaltungsrates durch die Generalversammlung der Aktionäre, wird angenommen, mit der Modifikation zu Gunsten Deutschlands, dass die Wahl der Genehmigung der nationalen Unterschriftsgruppen bedürfe. Jede Unterschriftsgruppe hat überdies das Recht, ihre Verwaltungsräte zu bezeichnen.

Die Lösung ist folgende:

Art. 49 der Generalakte.

„La Banque sera administrée par un Conseil d'Administration composé d'autant de membres qu'il sera fait de parts dans le capital initial.

Les Administrateurs auront les pouvoirs les plus étendus pour l'administration et la gestion de la Société; ce sont eux notamment qui nommeront les Directeurs, Sous-Directeurs et Membres de la Commission, indiquée à l'article 54, ainsi que les Directeurs des Succursales et Agences.

Tous les employés de la Société seront recrutés, autant que possible, parmi les ressortissants des diverses Puissances qui ont pris part à la souscription du capital."

Art. 50 der Generalakte.

„Les Administrateurs, dont la nomination sera faite par l'Assemblée générale des actionnaires, seront désignés à son agrément par les groupes souscripteurs du capital.

Le premier Conseil restera en fonctions pendant cinq années. A l'expiration de ce délai, il sera procédé à son renouvellement à raison de trois membres par an. Le sort déterminera l'ordre de sortie des Administrateurs; ils seront rééligibles.

A la constitution de la Société, chaque groupe souscripteur aura le droit de désigner autant d'Administrateurs qu'il aura souscrit de parts entières, sans que les groupes soient obligés de porter leur choix sur un candidat de leur propre nationalité.

Les groupes souscripteurs ne conserveront leur droit de désignation des Administrateurs, lors du remplacement de ces derniers ou du renouvellement de leur mandat, qu'autant qu'ils pourront justifier être encore en possession d'au moins la moitié de chaque part pour laquelle ils exercent ce droit.

Dans le cas où, par suite de ces dispositions, un groupe souscripteur ne se trouvera plus en mesure de désigner un administrateur, l'Assemblée générale des actionnaires pourvoirait directement à cette désignation."

6. Die Bank als Agence financière der Regierung.

Deutschland führt als Beispiel Art. 15_1 der K. Ottoman. Bank an.

„Agence financière de l'Etat, notamment priorité pour les emprunts.

La Banque sera l'agent financier du Gouvernement, tant au dedans qu'au dehors de l'Empire, sans préjudice du droit du Gouvernement de s'adresser à d'autres maisons de banque ou établissements de crédit pour ses emprunts publics. Toutefois, la Banque jouira d'un droit de préférence, à conditions égales, sur toute maison de banque ou établissement de crédit pour toute négociation ou émission, par voie d'escompte ou de prise ferme, de bons du Trésor ou autres effets de trésorerie, étant bien entendu que les négociations, pour compte de l'Etat, de toutes ces valeurs, se feront exclusivement par les soins de la Banque."

Deutschland findet eine Einschränkung für den Staat durch den Passus in Art. 15_1: „Les négociations ou émission de bons du Trésor ou autres effets de trésorerie pour le compte de l'Etat, se feront exclusivement par les soins de la Banque."

Frankreich willigt ein in den Passus „droit du Gouvernement de s'adresser à d'autres maisons de banque pour ses emprunts publics" unter Voraussetzung der vorherigen Regelung der Kompensationsfrage für Abtretung der Vorzugsrechte laut Art. 33.

Pérez-Caballéroz (Spanien) macht geltend, dass nach Art. 15_1 der K. Ottoman. Bank die Verpflichtung der Regierung sich an die Bank zu wenden, sich nur auf die „bons du Trésor" und „effets de trésorerie" beschränke.

Das Redaktionskomitee schlägt folgende Redaktion des Artikels vor (10. Sitz., 3. März 1906):

„La Banque sera l'agent financier du Gouvernement, tant au dedans qu'au dehors de l'Empire, sans préjudice du droit pour le Gouvernement de s'adresser à d'autres maisons de banque ou établissements de crédit pour ses emprunts publics. Toutefois, la Banque jouira d'un droit de préférence, à conditions égales, sur toute maison de banque ou établissement de crédit pour ses emprunts.

Mais pour les Bons du Trésor et autres effets de trésorerie à court terme que le Gouvernement marocain voudrait négocier, sans en faire l'objet d'une émission publique, la Banque sera chargée, à l'exclusion de tout autre établissement, d'en faire la négociation, soit au Maroc, soit à l'étranger pour compte du Gouvernement marocain."

Deutschland schlägt folgenden Zusatzartikel vor — für den Fall, dass eine Einigung nicht stattfinden sollte —:

„Les dispositions précédentes de cet article laissent intact la question du droit de préférence du Consortium des Banques signataires du contrat d'emprunt de 1904."

Frankreich opponiert gegen diesen Zusatzartikel.

Italien macht den Vermittlungsvorschlag, die definitive Lösung dieses Artikels zu verschieben, bis die Frage der Abtretung des Vorzugsrechtes für öffentliche Anleihen geregelt sei.

Dieser Vermittlungsvorschlag wird angenommen (11. Sitz., 8. März 1906).

Nach Regelung der Kompensationsfrage wird der Zusatzartikel von Deutschland überflüssig und daher fallen gelassen.

Der Artikel wird in der vom Redaktionskomitee vorgeschlagenen Form akzeptiert und als Art. 34 in die Generalakte aufgenommen.

7. Operationen der Bank und Ausgabe von Noten.

Deutschland und Frankreich einigen sich nach kurzer Verhandlung.

Es wird folgender Artikel angenommen:

Art. 32 der Generalakte.

„La Banque, qui pourra exécuter toutes les opérations rentrant dans les attributions d'une banque, aura le privilège exclusif d'émettre des billets au porteur, remboursables à présentation, ayant force libératoire dans les caisses publiques de l'Empire marocain.

La Banque maintiendra, pour le terme de deux ans à compter de la date de son entrée en fonctions, une encaisse au moins égale à la moitié de ses billets en circulation, et au moins égale au tiers après cette période de deux ans révolue. Cette encaisse sera constituée pour au moins un tiers en or ou monnaie en or."

8. Münzprägung und Geldoperation.

Das französische Konsortium des Anleihens von 1904 besitzt das Vorzugsrecht für Münzoperationen und Münzprägung laut Anleihensvertrag.

Dieses Vorzugsrecht wird der marokkanischen Staatsbank übertragen nach Art. 56 der Generalakte.

Ueber die Leitung der Staatsbank in obigen Funktionen bestehen folgende Projekte:

Deutsches Projekt:

Der Aufsichtsrat (Conseil de Surveillance) erteilt der Bank die Direktiven für die Sanierung der Münzen.

„D'après les directives, qu'aurait à lui donner le Conseil de Surveillance, la Banque entreprendra l'assainissement du système monétaire marocain.

Le gain provenant de la frappe de monnaie reviendrait au Makhzen."

Französisches Projekt:

Der Verwaltungsrat (Conseil d'Administration) dirigiert, im Einverständnis mit der marokkanischen Regierung, die Operationen der Bank.

„C'est au Conseil d'Administration de la Banque et non à un conseil de surveillance qu'il doit appartenir de diriger toutes les opérations de la société, en se mettant au préalable, d'accord avec le Gouvernement marocain, pour ce qui concerne la monnaie."

Deutschland betrachtet den Verwaltungsrat als ungenügend, weil dessen Mitglieder ausserhalb Marokko wohnen und daher die Verhältnisse in Marokko nicht kennen.

Frankreich betont, dass die marokkanische Regierung durch ihren Haut-Commissaire eine genügende Aufsicht (Surveillance éfficace) über die Bank ausüben könne.

Das Redaktionskomitee schlägt folgenden Artikel vor:

„La Banque prendra les mesures qu'elle jugera utiles pour assainir la situation monétaire au Maroc, sans toutefois porter atteinte à la circulation et à la valeur libératoire de la monnaie espagnole, telles qu'elles existent actuellement.

En conséquence, la Banque sera exclusivement chargée de l'achat des métaux précieux, de la frappe et de la refonte des monnaies, ainsi que de toutes autres opérations monétaires qu'elle fera pour le compte et au profit du Gouvernement marocain."

Deutschland schlägt denselben Zusatzartikel vor wie bei Art. 34 der Generalakte:

„Les dispositions précédentes de cet article laissent intacte la question du droit de préférence du Consortium des Banques signataires du contrat d'emprunt 1904."

Deutschland begründet diesen Zusatz damit, dass zu befürchten sei, dass die Massnahmen in ihrer Ausführung beeinträchtigt würden durch den Passus „sans toutefois porter atteinte à la circulation et à la valeur libératoire de la monnaie espagnole“.

Spanien kann diesen Zusatzartikel Deutschlands nicht annehmen, denn es hegt Befürchtungen für Benachteiligung der Zirkulation des spanischen Geldes in Marokko (10. Sitz., 3. März). Pérez-Caballéroz (Spanien) erklärt:

„La circulation de la monnaie espagnole au Maroc est un fait, et comme tel, elle doit être respectée. L'origine de ce fait et de la force libératoire de la monnaie espagnole au Maroc ne se trouve pas seulement dans les traités, il dérive aussi des usages traditionnels, des décisions chérifiennes; telles que par exémple les proclamations de 1898 etc.

Ce dont il s'agit en ce moment c'est d'éviter que les mesures d'assainissement prises par la Banque, ne portent atteinte à la situation indiquée ci-dessus.“

Die Vertreter von Frankreich, England, Russland, Portugal, Belgien pflichten den Darlegungen Pérez-Caballero bei.

M a r o k k o vertritt mit Nachdruck den Standpunkt: Sanierung der Münzen, um ihnen gleichen Kurs wie den anderen zu geben, nicht Bevorzugung irgend einer Münze. Prägung und Umprägung der Münzen stehen dem Makhzen zu.

Deutschland und Frankreich finden die Vorschläge des Makhzen sich widersprechend, der Staatsbank die Sanierung der Münzen zu übertragen und sich selbst die Prägung vorzubehalten.

Der Artikel wird mit einer kleinen Modifikation von der Konferenz zu Gunsten Spaniens angenommen unter Weglassung des Zusatzartikels von Deutschland.

Art. 37 der Generalakte.

„La Banque prendra les mesures qu'elle jugera utiles pour assainir la situation monétaire au Maroc. La monnaie

espagnole continuera à être admise à la circulation avec force libératoire.

En conséquence, la Banque sera exclusivement chargée de l'achat des métaux précieux, de la frappe et de la refonte des monnaies, ainsi que de toutes autres opérations monétaires qu'elle fera pour le compte et au profit du Gouvernement marocain."

9. Sitz.

Deutsches Projekt:

Der soziale Sitz der Bank wird nach Tanger verlegt. Allfällige Errichtung von Agenturen (Succursales et Agences) in anderen Städten Marokkos.

Französisches Projekt:

Bestimmung des Sitzes der Bank durch das Statutenkomitee. Errichtung von Agenturen an allen Plätzen des cherifischen Reiches, wo solche notwendig sind.

Marokkanisches Projekt:

Der soziale Sitz und die Direktion der Bank befinden sich in Tanger.

Frankreich findet die Verlegung des Sitzes der Bank ausserhalb Marokkos praktischer, weil es schwer halte, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die in verschiedenen Ländern Europas wohnen, monatlich in Tanger zu versammeln.

Der Sitz und die Direktion der Bank werden — besonders auf Wunsch des Makhzen — nach Tanger verlegt. Lösung in Art. 38 und 48, Al. 2.

Art. 38 der Generalakte.

„La Banque, dont le siège social sera à Tanger, etablira des succursales et agences dans les principales villes du Maroc et dans tout autre endroit où elle le jugera utile."

10. Konzessionsdauer.

Deutsches Projekt:

Die Konzessiondauer beträgt 50 Jahre, zu datieren von der Ratifikation der Generalakte.

Französisches Projekt:

Die Konzessionsdauer wird beschränkt auf 35 Jahre, mit der Begründung, dass die Dauer des Anleihens von 1904 ebenfalls 35 Jahre betrage.

Die Konferenz setzt die Dauer auf 40 Jahre fest.

Aufnahme dieser Bestimmung in Art. 31 der Generalakte.

Art. 31. der Generalakte.

„Une Banque sera instituée au Maroc, sous le nom de „Banque d'Etat du Maroc", pour exercer les droits ci-après spécifiés dont la concession lui est accordée par Sa Majesté le Sultan, pour une durée de quarante années à partir de la ratification du présent Acte."

11. Kapital.

Das französische Projekt sieht ein Kapital von 15 Millionen Franken für die Bank vor.

Frankreich macht folgenden Vorschlag betreff der Währung des Kapitals:

„Le capital social sera formé en monnaie or, et les actions libellées dans les diverses monnaies d'or de chaque pays à un change fixe et déterminé par les statuts."

Frankreich versichert Spanien, dass man nichts ändere an der „situation légale" der Peseta auf dem marokkanischen Markt und dass man der Zirkulation des spanischen Geldes keine Schwierigkeiten bereiten werde.

Spanien ist durch die Erklärung Frankreichs befriedigt und erklärt sich einverstanden mit der Goldwährung.

Deutschland gibt ebenfalls seine Zustimmung zu den Vorschlägen Frankreichs.

Art. 55 der Generalakte.

„Le capital, dont l'importance sera fixée par le Comité spécial désigné à l'article 57, sans pouvoir être inférieur à quinze millions de francs, ni supérieur à vingt millions, sera formé en monnaie or, et les actions, dont les coupures représenteront une valeur équivalente à cinq cents francs, seront libellées dans les diverses monnaies or, à un change fixe, déterminé par les statuts.

Le capital pourra être ultérieurement augmenté en une ou plusieurs fois, par décision de l'Assenmblée Générale des Actionnaires.

La souscription des ces augmentations de capital sera réservée à tous les porteurs d'actions, sans distinction de groupe, proportionnellement aux titres possédés par chacun d'eux."

12. Vorschüsse der Bank an die Regierung.

Marokko verlangt, dass die von der Bank zu gewährenden Vorschüsse nach freiem Ermessen der marokkanischen Regierung verwendet werden dürfen, ohne einschränkende Bedingung.

Die Rückzahlung der letzten Vorschüsse bei der Aufnahme neuer Anleihen soll durch Geld und nicht durch Titel der neuen Anleihe stattfinden (10. Sitz., 3. März).

Deutschland und Frankreich sind der Ansicht, dass der dem Makhzen von der Bank zu gewährende Kredit von diesem nicht ohne jede Bedingung verwendet werden dürfe, da es gerade die Absicht der Mächte sei, sichere Hilfsquellen für die Errichtung und Erhaltung der Polizei und im ferneren für öffentliche Arbeiten allgemeinen Interesses, zu schaffen.

Der Artikel wird in diesem Sinne angenommen.

Art. 35 der Generalakte.

„A valoir sur les rentrées du Trésor, la Banque fera au Gouvernement marocain des avances en compte-courant jusqu'à concurrence d'un million de francs.

La Banque ouvrira en outre au Gouvernement, pour une durée de dix ans à partir de sa constitution un crédit qui ne pourra pas dépasser les deux tiers de son capital initial.

Ce crédit sera réparti sur plusieurs années et employé en premier lieu aux dépenses d'installation et d'entretien des corps de police organisés conformément aux décisions prises par la Conférence, et subsidiairement aux dépenses de travaux d'intérêt général qui ne seraient pas imputées sur le fond spécial prévu à l'article suivant.

Les taux de ces deux avances sera au maximum de sept pour cent, commission de banque comprise et la Banque pourra demander au Gouvernement de lui remettre en garantie de leur montant une somme équivalente en bons du Trésor.

Si, avant l'expiration des dix années, le Gouvernement marocain venait à contracter un emprunt, la Banque aurait la faculté d'obtenir le remboursement immédiat des avances faites conformément au deuxième alinéa du présent article."

13. Spezialfonds.

Aus den Zuschlagstaxen (taxe spéciale) auf Steuern und Abgaben werden Spezialfonds gebildet, die direkt für öffentliche Arbeiten etc. verwendet werden. (Siehe Kapitel IV, Steuerwesen). (Art. 36 der Generalakte.)

14. Comité d'Escompte.

Frankreich macht den Vorschlag der Errichtung eines internationalen Comité d'Escompte neben der Direktion in Tanger. Dieses Komitee ist für den lokalen Handel von Tanger bestimmt und soll der Bankdirektion bei der Orientierung über örtliche Verhältnisse behülflich sein.

Deutschland erklärt sich mit der Errichtung dieses „Comité d'Escompte" einverstanden.

Art. 54 der Generalakte.

„Il sera institué à Tanger, auprès de la Direction, une Commission dont les membres seront choisis par le Conseil d'Administration, sans distinction de nationalité, parmi les notables résidant à Tanger, propriétaires d'actions de la Banque.

Cette Commission qui sera présidée par un des Directeurs ou Sous-Directeurs, donnera son avis sur les escomptes et ouvertures de crédits.

Elle adressera un rapport mensuel sur ces diverses questions au Conseil d'Administration."

15. Unterkunft, Sicherheit, Steuerfreiheit der Bank, Aufsicht der Marokkanischen Regierung über die Bank.

Unterkunft (Bauplätze, Bauten, Einrichtungen).

Marokko will nur im Innern des Reiches die Bauplätze der Bank unentgeltlich zur Verfügung stellen; in den Häfen soll die Bank für ihre Bauplätze selbst aufkommen.

Nach Ablauf der Konzessionsdauer sollen alle diese Bauplätze, bebaut oder unbebaut, unentgeltlich dem Makhzen zufallen.

Deutschland und Frankreich protestieren gegen diesen Vorschlag.

Der Sultan lenkt ein. Die Bauplätze und die Bauten werden an allen Orten von der marokkanischen Regierung der Bank unentgeltlich zur Verfügung gestellt. (Art. 39 der Generalakte.)

Sicherheit (Wachtdienst), Steuerfreiheit der Bank.

Der Makhzen verhält sich ebenfalls ablehnend gegenüber den Forderungen der Mächte: unentgeltlicher Sicherheitsdienst und Befreiung von Steuern. Der Makhzen sieht sich gezwungen, einzulenken; er gewährt der Bank Steuerfreiheit und unentgeltlichen Schutz (Art. 40 und 41 der Generalakte).

Aufsicht der marokkanischen Regierung über die Bank.

Ein marokkanischer Haut-Commissaire übt die Aufsicht aus über die Bank.

Art. 42 der Generalakte.

„Le Gouvernement chérifien exercera sa haute surveillance sur la Banque par un Haut-Commissaire marocain, nommé par lui, après entente préalable avec le Conseil d'Administration de la Banque.

Ce Haut-Commissaire aura le droit de prendre connaissance de la gestion de la Banque; il contrôlera l'émission des billets de Banque et veillera à la stricte observation des dispositions de la concession.

Le Haut-Commissaire devra signer chaque billet ou y apposer son sceau: il sera chargé de la surveillance des relations de la Banque avec le Trésor impérial.

Il ne pourra pas s'immiscer dans l'administration et la gestion des affaires de la Banque, mais il aura toujours le droit d'assister aux réunions des Censeurs.

Le Gouvernement chérifien nommera un ou deux Commissaires adjoints qui seront spécialement chargés de contrôler les opérations financières du Trésor avec la Banque."

16. Aufstellung der Statuten.

Deutsches Projekt:

Die Aufstellung der Statuten der Bank erfolgt durch den Verwaltungsrat und ihre Genehmigung durch den Aufsichtsrat.

Französisches Projekt:

Die Aufstellung der Statuten geschieht durch die vertragschliessenden Banken selbst und ihre Genehmigung durch die Aktionäre.

Marokko macht den Vorschlag der Beifügung von zwei marokkanischen Mitgliedern zum Statutenkomitee. Dieser Antrag dringt aber nicht durch.

Die Aufstellung der Statuten erfolgt nach dem Vorschlage Frankreichs.

Art. 57 der Generalakte.

„Dans un délai de trois semaines à partir de la clôture de la souscription notifiée par le Gouvernement Royal d'Espagne aux Puissances intéressées, un Comité spécial, composé de délégués nommés par les groupes souscripteurs, dans les conditions prévues à l'article 50 pour la nomination des Administrateurs, se réunira afin d'élaborer les statuts de la Banque.

L'Assemblée générale constitutive de la Société aura lieu dans un délai de deux mois, à partir de la ratification du présent Acte.

Le rôle du Comité spécial cessera aussitôt après la constitution de la Société.

Le Comité spécial fixera lui-même le lieu de ses réunions."

Bezüglich Aenderungen in den Statuten macht die marokkanische Delegation den Vorschlag, dass dieselben der Genehmigung des Sultans bedürfen. Dieser Vorschlag dringt aber nicht durch.

Diese Frage ist festgelegt in:

Art. 58 der Generalakte.

„Aucune modification aux statuts ne pourra être apportée, si ce n'est sur la proposition du Conseil d'Administration et après avis conforme des Censeurs et du Haut-Commissaire Impérial.

Ces modifications devront être votées par l'Assemblée Générale des Actionnaires à la majorité des trois quarts des membres présents ou représentés."

IV. Steuern und Abgaben.

(Meilleur Rendement des Impôts et Création de Nouveaux Revenus).

Die Konferenz beschränkt sich in diesem Kapitel in der Hauptsache auf die Festlegung allgemeiner Prinzipien, weniger auf die Ausarbeitung von Steuerprojekten selbst.

„La Conférence ne doit pas rédiger un règlement directement applicable pour le recouvrement des impôts, mais bien donner une série de conseils: émettre des voeux ou exposer des principes destinés à être développés plus tard par S. M. Chérifienne avec les garanties que la Conférence estimera nécessaires."

Die Verhandlungen werden unter dem Gesichtspunkt möglichster Respektierung althergebrachter Sitten und Gebräuche, Anschauungen und Lebensweise der Marokkaner geführt.

Die Steuern zerfallen in zwei Gruppen: In die „Impots coraniques" und in die „Zölle", jene mehr für die Einheimischen, diese mehr für die Ausländer bestimmt.

Die Festlegung der ersten Gruppe von Steuern wird dem Makhzen fast gänzlich überlassen, während sich die Konferenz des näheren mit der zweiten Gruppe beschäftigt. Hier ergeben sich vor allem Differenzen zwischen dem Makhzen und den Mächten.

Zwei Gesichtspunkte sind vorherrschend: die Erhöhung der bisherigen Ansätze und die Verwendung dieser Zuschläge (Taxe spéciale).

Die Haupttraktanden sind:

1. Erhöhung der Zölle.
2. Erhöhung der Abgaben auf Tabak und gewisse Waren. Monopol auf Tabak, Kif, Opium.
3. Landwirtschaftliche Steuern (Tertib 1903).

4. Sokra (Kommissionsgelder) und Mouna (Lieferung von Lebensmitteln).
5. Erträgnisse aus Staatseigentum und öffentlichen Betrieben (Lagergebühren, Post und Telegraph, Licht und Elektrizität etc.).
6. Ausfuhrzölle.

1. Zölle.

Die Hauptdebatte im Kapitel Steuern und Abgaben entspinnt sich um die Frage der Erhöhung der Zölle.

Sollen die Zölle erhöht werden oder nicht?

Frankreich, England, Russland, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten sind für eine geringe Erhöhung der Zölle, unter der Bedingung, dass diese Zuschläge in eine Spezialklasse fliessen und ausschliesslich zur Verbesserung der Häfen und deren Einrichtungen, zur Erleichterung des Handels im Allgemeinen etc. verwendet werden (3. Kom.-Sitz., 27. Januar 1906).

Deutschland, Oesterreich, Italien, Belgien können in keine Erhöhung der Zölle einwilligen. Deutschland glaubt, durch eine bessere Organisation der Zolleinnahme könnten die nötigen Mehreinnahmen erzielt werden.

Der Präsident der Konferenz macht — in Anbetracht der zwei entgegengesetzten Meinungen — folgenden Vermittlungsvorschlag: Falls die Verbesserung der Zollorganisation nicht die gewünschten Mehreinnahmen ergibt, kann eine Erhöhung der Zölle ins Auge gefasst werden.

Frankreich ist gegen eine Unterordnung der einen Frage unter die andere; es erachtet auf alle Fälle eine Erhöhung der Zölle für notwendig, da auch eine Verbessrung der Zolleinnahme — die überdies sehr schwierig sei — so grosse Mehreinnahmen nicht ergeben könne.

Die österreichischen Delegierten neigen auf Seite Frankreichs unter Vorbehalt ihrer Regierung (5. Kom.-Sitz., 3. Februar).

Deutschland lenkt nach einigem Verharren ebenfalls ein.

Marokko verlangt auf das Entschiedenste, dass die Erhöhungsgebühren der Zölle in die Cherifische Staatskasse geworfen werden; der Sultan verpflichtet sich aber, die gewünschten Arbeiten und Verbesserungen auszuführen (5. Kom.-Sitz., 3. Febr.).

Die Forderung Marokkos dringt trotz wiederholter Anstrengungen der cherifischen Delegation nicht durch.

Wieviel soll die Erhöhung der Zölle betragen?

Die Mächte proponieren $^1/_4$ des Eingangszolles.

Marokko verlangt mehr als $^1/_4$. Es glaubt, in weitere Verhandlungen nicht eintreten zu können, wenn die Erhöhung nicht $^1/_4$ übersteige (6. Kom.-Sitz., 10. Februar).

Die Mächte erklären, $^1/_4$ als Maximum gewähren zu können.

England macht den Vorschlag, an Stelle von $^1/_4$ des bisherigen Zollbetrages $2^1/_2\%$ ad valorem zu setzen (9. Sitz., 17. Februar).

Dieser Vorschlag wird durch die Mächte in der 15. Sitz. vom 29. März angenommen (Art. 66, Al. 1).

Betreff Verwendung dieser Zollzuschlagstaxe werden die in Art. 66, Al. 2–7, angeführten Bestimmungen aufgestellt.

Die Landzölle werden verwendet laut Vereinbarung des Makhzen mit den Grenzmächten Frankreich und Spanien (Art. 66, Al. 8).

Art. 66 der Generalakte.

„A titre temporaire, les marchandises d'origine étrangère seront frappées à leur entrée au Maroc d'une taxe spéciale s'élevant à deux et demi pour cent ad valorem. Le produit intégral de cette taxe formera un fonds spécial qui sera affecté aux dépenses et à l'exécution de travaux publics, déstinés au développement de la navigation et du commerce en général dans l'Empire Chérifien.

Le programme des travaux et leur ordre de priorité seront arrêtés, d'un commun accord, par le Gouvernement chérifien et par le Corps Diplomatique à Tanger.

Les études, devis, projets et cahiers de charges s'y rapportant seront établis par un ingénieur compétent nommé par le Gouvernement chérifien, d'accord avec le Corps Diplomatique. Cet ingénieur pourra, au besoin, être assisté d'un ou de plusieurs ingénieurs adjoints. Leur traitement sera imputé sur les fonds de la caisse spéciale. Les fonds de la caisse spéciale seront déposés à la Banque d'Etat du Maroc, qui en tiendra la comptabilité.

Les adjudications publiques seront passées dans les formes et suivant les conditions générales prescrites par un Règlement que le Corps Diplomatique à Tanger est chargé d'établir avec le Représentant de Sa Majesté Chérifienne.

Le bureau d'adjudication sera composé d'un représentant du Gouvernement Chérifien, de cinq délégués du Corps Diplomatique et de l'ingénieur.

L'adjudication sera prononcée en faveur du soumissionnaire qui, en se conformant aux prescriptions du cahier des charges, présentera l'offre remplissant les conditions générales les plus avantageuses.

En ce qui concerne les sommes provenant de la taxe spéciale et qui seraient perçues dans les bureaux de douane établis dans les régions visées par l'article 103 du Règlement sur les douanes, leur emploi sersa réglé par le Makhzen avec l'agrément de la Puissance limitrophe, conformément aux prescriptions du présent article."

Die reglementarischen Bestimmungen über das Zollwesen werden im nächsten Kapitel behandelt.

Deutschland schlägt die Schätzung der Waren durch ausländische Kaufleute in Marokko vor mit Unterbreitung der Ansätze beim diplomatischen Korps in Tanger.

Frankreich wünscht die Beteiligung der Inhaber des Anleihens von 1904, weil diese Inhaber indirekt von der Schätzung betroffen werden (Garantiebestimmung des Anleihensvertrages von 1904).

England reicht einen diesbezüglichen Vermittlungsvorschlag ein, welcher mit geringer Modifikation von den Mächten angenommen wird.

Es wird eine Schätzungskommission aus folgenden Mitgliedern gewählt:

1. Drei Mitglieder bezeichnet durch die marokkanische Regierung.
2. Drei Mitglieder bezeichnet durch das diplomatische Korps in Tanger.
3. Ein Delegierter der Staatsbank.
4. Ein Mitglied des Anleihenkonsortiums von 1904.
5. 12—20 in Marokko wohnende Notabeln, welche zur Beratung hinzugezogen werden.
   (Art. 96 der Generalakte.)

Es wird eine Zollkommission (Comité des douanes) in Tanger errichtet, die die ständige Aufsicht über das Zollwesen auszuüben hat. Diese Zollkommission besteht aus je einem Vertreter der marokkanischen Regierung, des diplomatischen Korps und der Staatsbank (Art. 97 der Generalakte).

2. Erhöhung der Abgaben auf Tabak und gewisse Waren.

England, Oesterreich, Italien, Marokko sind für Beibehaltung des gegenwärtigen Reglementes vom 2. Juni 1896 bezüglich Abgaben auf Rauchtabak, Verkauf von Tieren und gewissen Waren. Die Beibehaltung dieses Reglementes wird von der Konferenz gutgeheissen (3. Kom.-Sitz., 27. Januar).

Opium und Kif bleiben Monopol der cherifischen Regierung. Die Einführung von Opium zu pharmazeutischen Zwecken ist gestattet mit spezieller Erlaubnis des Makhzen (5. Sitz., 7. Februar). Art. 72 der Generalakte.

Soll der Tabak auch monopolisiert werden?

Frankreich, Russland, Spanien unterstützen die Wünsche des Makhzen, der die Monopolisierung aller Sorten von Tabak verlangt. Entschädigung an die bestehenden Industrien.

Deutschland will das Monopol nur auf Schnupftabak ausdehnen. Es verweist auf den Handelsvertrag Deutschlands mit Marokko, der nur das Einfuhrverbot auf Schnupftabak enthält.

Man einigt sich auf Art. 73 der Generalakte.

Art. 73 der Generalakte.

„Les Représentants des Puissances prennent acte de l'intention du Gouvernement chérifien d'étendre aux tabacs de toutes sortes le monopole existant en ce qui concerne le tabac à priser. Ils réservent le droit de leurs ressortissants à être dûment indemnisés des préjudices que le dit monopole pourrait occasionner à ceux d'entre eux qui auraient des industries créées sous le régime actuel concernant le tabac. A défaut d'entente amiable l'indemnité sera fixée par des experts désignés par le Makhzen et par le Corps Diplomatique, en se conformant aux dispositions arrêtées en matière d'expropriation pour cause d'utilité publique."

Ankauf von Eigentum in Marokko durch Fremde.

Dieses Ankaufsrecht wurde schon in Art. 11 der Konvention von Madrid geregelt, aber in der Praxis durch die marokkanische Regierung stark eingeschränkt.

Es wird nachstehender Artikel in die Generalakte aufgenommen:

Art. 60 der Generalakte.

„Conformément au droit qui leur a été reconnu par l'article 11 de la Convention de Madrid, les étrangers pourront acquérir des propriétés dans toute l'étendue de l'Empire Chérifien, et Sa Majesté le Sultan donnera aux autorités administratives et judiciaires les instructions nécessaires pour que l'autorisation de passer les actes ne soit pas refusée sans motif légitime. Quant aux transmissions

ultérieures par actes entre vifs ou après décès, elles continueront à s'exercer sans aucune entrave.

Dans les ports ouverts au commerce et dans un rayon de dix kilomètres autour de ces ports, Sa Majesté le Sultan accorde, d'une façon générale, et sans qu'il soit désormais nécessaire de l'obtenir spécialement pour chaque achat de propriété par les étrangers, le consentement exigé par l'article 11 de la Convention de Madrid.

A Ksar-el-Kebir, Arzila, Azemmour, et éventuellement dans d'autres localités du littoral ou de l'intérieur, l'autorisation générale ci-dessus mentionnée est également accordée aux étrangers, mais seulement pour les acquisitions dans un rayon de deux kilomètres autour de ces villes.

Partout où les étrangers auront acquis des propriétés, ils pourront élever des constructions en se conformant aux règlements et usages.

Avant d'autoriser la rédaction des actes transmissifs de propreté, le Cadi devra s'assurer conformément à la loi musulmane, de la régularité des titres.

Le Makhzen désignera, dans chacune des villes et circonscriptions indiquées au présent article, le Cadi qui sera chargé d'effectuer ces vérifications."

3. Landwirtschaftliche Steuern (Tertib 1903).

Marokko wünscht das gegenwärtige System von 1903 (Tertib) beizubehalten.

Die Mächte sind damit einverstanden, sie verlangen aber, dass die Steuer von Fremden nur verlangt werden dürfe, wenn sie von den Eingeborenen auch bezahlt werde.

Die marokkanischen Delegierten geben die typische Antwort: „. . . . dès que les marocains verront les étrangers payer l'impôt, ils le paieront aussi".

Spanien legt grossen Wert auf die Erhebung der Steuer durch die Konsularhöfe, weil dadurch gewisse Garantien für die zahlreichen Kolonien in Marokko geschaffen werden.

In der 4. Sitz. vom 1. Februar wird die Frage des Tertib erledigt und als Art. 59 in die Generalakte aufgenommen.

Art. 59 der Generalakte.

„Dès que le tertib sera mis à exécution d'une façon régulière à l'égard des sujets marocains, les Représentants des Puissances à Tanger y soumettront leurs ressortissants dans l'Empire. Mais il est entendu que le dit impôt ne sera appliqué aux étrangers:

a) que dans les conditions fixées par le règlement du Corps Diplomatique à Tanger en date du 23 novembre 1903;

b) que dans les localités où il sera effectivement perçu sur les sujets marocains.

Les autorités consulaires retiendront un tantième pour cent des sommes encaissées sur leurs ressortissants pour couvrir les frais occasionnés par la rédaction des rôles et le recouvrement de la taxe.

Le taux de cette retenue sera fixé, d'un commun accord, par le Makhzen et le Corps Diplomatique à Tanger."

4. Sokra und Mouna (Kommissionsgelder und Lieferung von Lebensmitteln).

Die Mächte verzichten nach dem Beispiele Frankreichs auf diese direkten Abgaben seitens der Bevölkerung an reisende Staatsbeamte (Art. 62 der Generalakte).

5. Erträgnisse aus Staatseigentum und öffentlichen Betrieben.

Stationierungsgebühren für Schiffe in den Häfen.

England verlangt die Bildung einer Spezialkasse für diese Zuschlagsgebühren.

Die Festsetzung der Lagergebühren wird an das diplomatische Korps in Tanger verwiesen (5. Sitz., 7. Februar).

Art. 70 der Generalakte.

„Le taux des droits de stationnement ou d'ancrage imposés aux navires dans les ports marocains se trouvant fixé par des traités passés avec certaines Puissances, ces Puissances se montrent disposées à consentir la révision des dits droits. Le Corps Diplomatique à Tanger est chargé d'établir, d'accord avec le Makhzen, les conditions de la révision qui ne pourra avoir lieu qu'après l'amélioration des ports."

Betreff der Lagergebühren in Hafenzollämtern wird Art. 71 der Generalakte aufgestellt.

Art. 71 der Generalakte.

„Les droits de magasinage en douane seront perçus dans tous les ports marocains où il existera des entrepôts suffisants, conformément aux règlements pris ou à prendre sur la matière par le Gouvernement de Sa Majesté Chérifienne, d'accord avec le Corps Diplomatique à Tanger."

Post und Telegraph.

Die Mächte können keine Besteuerung zulassen.

Ebenso müssen Abgaben auf Wagen verweigert werden, mit der Begründung, dass Wagen mangels Strassen eine Seltenheit seien.

Elektrisches Licht und Elektrizität.

Spanien wehrt sich entschieden gegen eine Besteuerung von elektrischem Licht und Elektrizität unter Bezugnahme auf seinen Vertrag mit Marokko von 1861.

England und Frankreich unterstützen Spanien.

In gleicher Weise wehrt sich Spanien gegen die Besteuerung der Fischerei mit Hinweis auf das freie Fischereirecht Spaniens in marokkanischen Gewässern (Art. 57 und 60 des spanischen Handelsvertrages).

Abgaben auf städtische Bauten.

Die Mächte beantragen die Zahlung der Abgaben durch die Mieter. Marokko dagegen verlangt die Bezahlung durch die Besitzer.

Frankreich schlägt vor, dass die Zahlung der Abgaben zuerst durch die Besitzer und nachher durch die Mieter erfolge.

Lösung in Art. 61 der Generalakte.

Art. 61 der Generalakte.

„Dans le but de créer de nouvelles ressources au Makhzen, la Conférence reconnaît, en principe, qu'une taxe pourra être établie sur les constructions urbaines.

Une partie des recettes ainsi réalisée sera affectée aux besoins de la voirie et de l'hygiène municipales et, d'une façon générale, aux dépenses d'amélioration et d'entretien des villes.

La taxe sera due par le propriétaire marocain ou étranger sans aucune distinction; mais le locataire ou le détenteur de la clef en sera responsable envers le Trésor marocain.

Un règlement, édicté d'un commun accord par le Gouvernement Chérifien et le Corps Diplomatique à Tanger, fixera le taux de la taxe, son mode de perception et d'application et déterminera la quotité des ressources ainsi créées qui devra être affectée aux dépenses d'amélioration et d'entretien des villes.

A Tanger cette quotité sera versée au Conseil sanitaire international, qui en règlera l'emploi jusqu'à la création d'une organisation municipale."

6. Ausfuhrzölle.

Ausser den Einfuhrzöllen bestehen auch Ausfuhrzölle. Der Makhzen tritt ein für hohe Ausfuhrzölle, um möglichst grosse Einnahmen zu erzielen; die Mächte dagegen beantragen im allgemeinen niedrige Ansätze. Sie machen darauf aufmerksam, dass niedrige Ausfuhrgebühren durch Steige-

rung der Ausfuhr doch eine Erhöhung der Einnahmen bedeuten.

Getreideausfuhr.

Russland äussert Bedenken gegen die Herabsetzung der Ausfuhrtarife auf Getreide, da es vermehrte Konkurrenz für sich fürchtet.

Frankreich unterstützt Russland. Révoil (Frankreich) macht darauf aufmerksam, dass der Sultan völlig frei sei in der Festsetzung der Ausfuhrzölle, im Gegensatz zu den Einfuhrzöllen, wo er vielfach durch Verträge gebunden sei.

Marokko wünscht keine Herabsetzung.

England, Deutschland, Belgien beantragen eine Herabsetzung.

Man einigt sich auf folgende kleine Herabsetzung der Ausfuhrtarife:

Art. 67 der Generalakte.

„La Conférence, sous réserve des observations présentées à ce sujet, émet le voeu les droits d'exportation des marchandises ci-après soient réduits de la manière suivante:

Pois chiches	20 pour	100
Mais	20 „	100
Orge	50 „	100
Blé	34 „	100

Viehausfuhr.

Spanien schlägt vor: jährlich und pro Macht 10,000 Stück anstatt 6000 wie bis anhin ausführen zu dürfen.

Marokko findet die Zahl von 10,000 zu hoch.

Deutschland unterstützt Spanien.

Marokko nimmt den Antrag von 10,000 Stück an (Art. 68 der Generalakte).

Küstenhandel (Cabotage) mit Getreide, Gemüse, Waren, Tieren etc.

Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Spanien sind für Freigabe des Küstenhandels.

Der Makhzen ist einverstanden unter der Bedingung, bei Teuerung diese Bestimmung aufheben zu können.

Art. 69 der Generalakte.

„Conformément aux décisions antérieures de Sa Majesté Chérifienne et notamment à la décision du 28 septembre 1901, est autorisé entre tous les ports de l'Empire le Transport par cabotage des céréales, graines, légumes, oeufs, fruits, volailles, et en général des marchandises et animaux de toute espèce, originaires ou non du Maroc, à l'exception des chevaux, mulets, ânes et chameaux pour lesquels un permis spécial du Makhzen sera nécessaire. Le cabotage pourra être éffectué par des bateaux de toute nationalité, sans que les dits articles aient à payer les droits d'exportation, mais en se conformant aux droits spéciaux et aux règlements sur la matière."

Modifikationsbestimmung von Kapitel IV.

Allfällige Modifikationen der Bestimmungen dieses Kapitels werden nach Uebereinkunft des diplomatischen Korps mit dem Sultan geregelt.

Art. 75 der Generalakte.

„Au cas où il y aurait lieu de modifier quelqu'une des dispositions de la présente déclaration, une entente devra s'établir à ce sujet entre le Makhzen et le Corps Diplomatique à Tanger."

V. Reglement über Zölle und Unterdrückung des Schmuggels.

(Règlement sur les Douanes de L'Empire et la Repression de la Fraude et de la Contrebande.)

Dieses Kapitel bietet wenig Anlass zu Diskussion, die einzelnen Artikel werden meistens ohne weiteres angenommen (Fassung des Redaktionskomitees). Es handelt sich um Festlegung reglementarischer Bestimmungen, wie

Zeitdauer, Strafbestimmungen, genauere Fixierung einzelner Bestimmungen, Ergänzungsvorschläge etc.

Artikel von gewisser Wichtigkeit sind folgende:

Bestimmung über die Vorweisung des Manifestes der in marokkanischen Häfen einlaufenden Schiffe (Art. 77 der Generalakte).

Ausnahmen dieser Verpflichtung (Art. 78).

Massnahmen der Zollverwaltung bei Ungenauigkeiten des Manifestes und bei Weigerung des Kapitäns, die Zollrevision vornehmen zu lassen.

Art. 80 der Generalakte.

„Quand il aura des indices sérieux faisant soupçonner l'inexactitude du manifeste, ou quand le capitaine du navire refusera de se prêter à la visite et aux vérifications des agents de la douane, le cas sera signalé à l'autorité consulaire compétente afin que celle-ci procède avec un délégué de la douane chérifienne aux enquêtes, visites et vérifications qu'elle jugera nécessaires.“

Strafbestimmungen (Art. 81—92 der Generalakte):

Bei Verzögerung des Manifestes und bei vorsätzlich ungenauem und unvollständigem Manifest (Art. 81);

bei Ungenauigkeiten bezüglich der Zahl, Quantität und Gewicht (Art. 83);

bei ungenauer Angabe der Art des Stückes und der Qualität (Art. 84);

bei ungenauer Angabe des Wertes und der Natur der Ware (Art. 85 und 86);

bei Schmuggel (Tentative et flagrant) (Art. 87—92).

Konfiskation, Verhängung von Bussen und Strafen:

Art. 102 der Generalakte.

„Toute confiscation, amende ou pénalité devra être prononcée pour les étrangers par la juridiction consulaire et pour les sujets marocains par la juridiction Chérifienne.“

Anwendung dieses Reglementes in den Grenzgebieten ist Sache der Grenzstaaten.

Art. 103 der Generalakte.

„Dans la région frontière de l'Algérie, l'application du présent règlement restera l'affaire exclusive de la France et du Maroc.

De même, l'application de ce règlement dans le Riff et, en général, dans les régions frontières des Possessions espagnoles, restera l'affaire exclusive de l'Espagne et du Maroc."

Revisionsbestimmung:

Art. 104 der Generalakte.

„Les dispositions du présent règlement, autres que celles qui s'appliquent aux pénalités, pourront être revisées par le Corps Diplomatique à Tanger, statuant à l'unanimité des voix, et d'accord avec le Makhzen à l'expiration d'un délai de deux ans à dater de son entrée en vigueur."

VI. Oeffentliche Einrichtungen und Arbeiten.

(Services publics des travaux publics.)

Um das Prinzip der „offenen Tür" aller in Marokko interessierten Staaten überall angewendet zu wissen, reichen Deutschland und Oesterreich in der 15. Sitz. vom 29. März 1906 eine „Proposition" ein, worin sie verlangen, dass die Konferenz dieses Prinzip in ihren Dispositionen über die „adjudication" öffentlicher Arbeiten, Konzessionen und Lieferungen festsetze.

Ohne jede Diskussion nahm darauf die Konferenz die vom Redaktionskomitee — unter möglichster Anlehnung an die Proposition Deutschlands — ausgeführte Deklaration an.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind folgende:

1. Zweck öffentlicher Einrichtungen.

Die öffentlichen Einrichtungen dürfen unter keinen Umständen den besonderen Interessen eines Staates dienen.

Art. 105 der Generalakte.

„En vue d'assurer l'application du principe de la liberté économique sans aucune inégalité, les Puissances signataires déclarent qu'aucune des services publics de l'Empire Chérifien ne pourra être aliéné au profit d'intérêts particuliers.“

2. Projektierung und Ausführung öffentlicher Arbeiten mit fremder Hilfe.

Wenn die marokkanische Regierung öffentliche Arbeiten mit fremdem Kapital oder mit Hilfe der auswärtigen Industrie ausführt, haben die Signaturmächte darüber zu wachen, dass die Autonomie der marokkanischen Regierung über diese Unternehmungen vollständig gewahrt bleibe.

Art. 106 der Generalakte.

„Dans le cas ou le Gouvernement chérifien croirait devoir faire appel aux capitaux étrangers ou à l'industrie étrangère pour l'exploitation de services publics ou pour l'exécution de travaux publics, routes, chemins de fer, ports, télégraphes et autres, les Puissances signataires se réservent de veiller à ce que l'autorité de l'Etat, sur ces grandes entreprises d'intérêt général, demeure entière.“

Die Erteilung von Konzessionen für öffentliche Arbeiten und Lieferungen erfolgt für alle Nationen durch öffentliche Zusprechung ohne Bevorzugung irgend einer Nation.

Art. 107 der Generalakte.

„La validité des concessions, qui seraient faites aux termes de l'article 106 ainsi que pour les fournitures d'Etat, sera subordonnée, dans toute l'Empire chérifien, au principe de l'adjudication publique, sans acception de nationalité, pour toutes les matières qui, conformément aux

règles suivies dans les législations étrangères, en comportent l'application."

Die marokkanische Regierung hat, wenn sie öffentliche Arbeiten auf dem Wege der Verdingung ausführen lässt, dem diplomatischen Korps rechtzeitig davon Mitteilung zu machen und ihm alle bezüglichen Dokumente zu unterbreiten.

Art. 108 der Generalakte.

„Le Gouvernement chérifien, dès qu'il aura décidé de procéder par voie d'adjudication à l'exécution des travaux publics, en fera part au Corps Diplomatique; il lui communiquera, par la suite, les cahiers des charges, plans et tous les documents annexés au projet d'adjudication, de manière que les nationaux de toutes les Puissances signataires puissent se rendre compte des travaux projetés et être à même d'y concourir. Un délai suffisant sera fixé sur cet effet par l'avis d'adjudication."

Das „Cahier des charges" darf das Prinzip der freien Konkurrenz zwischen den einzelnen Staaten nicht verletzen, indem es eine einzelne Nationalität begünstigt.

Art. 109 der Generalakte.

„Le cahier des charges ne devra contenir, ni directement, ni indirectement, aucune condition ou disposition qui puisse porter atteinte à la libre concurrence et mettre en état d'infériorité les concurrents d'une nationalité vis-à-vis des concurrents d'une autre nationalité."

Die Zuteilungen sind durch ein von der marokkanischen Regierung und dem diplomatischen Korps gemeinsam aufzustellende Reglement zu regeln und werden von der cherifischen Regierung nach Massgabe der günstigsten Offerte zugesprochen.

Art. 110 der Generalakte.

„Les adjudications seront passées dans les formes et suivant les conditions générales prescrites par un règlement que le Gouvernement chérifien arrêtera avec l'assistance du Corps Diplomatique.

L'adjudication sera prononcée par le Gouvernement chérifien en faveur du soumissionnaire qui, en se conformant aux prescriptions du cahier des charges, présentera l'offre remplissant les conditions générales les plus avantageuses."

Die obigen Bestimmungen in Art. 106—110 der Generalakte gelten auch für die Ausbeutung von Wäldern (Kork-Eichen), entsprechend den gebräuchlichen Dispositionen fremder Legislaturen (Art. 111 der Generalakte).

Ein cherifischer Firman setzt die Konzessionsbedingungen für Ausbeutung von Minen fest.

Art. 112 der Generalakte.

„Un firman chérifien déterminera les conditions de concession et d'exploitation des mines, minières et carrières. Dans l'élaboration de ce firman, le Gouvernement chérifien s'inspirera des législations étrangères existant sur la matière."

3. Expropriationen von privatem Besitz.

Diese muss auf gesetzlichem Wege vor sich gehen. Ihre Notwendigkeit muss durch eine administrative Untersuchung dargetan werden, deren Formalitäten von der marokkanischen Regierung im Einverständnis mit dem diplomatischen Korps aufzustellen sind. Gegenüber marokkanischen Eigentümern ergreift der Sultan die notwendigen Massnahmen (Art. 113 und 114).

Sind die Eigentümer Ausländer und können sich diese mit der kompetenten Behörde über die Entschädigung nicht einigen, so ist folgendermassen vorzugehen:

Zunächst entscheidet eine sechsgliedrige Jury, die zur Hälfte von dem Eigentümer, zur Hälfte vom Staate gewählt wird. In derselben entscheidet die absolute Majorität.

Kann die Jury zu keinem Schlusse kommen, dann entscheiden drei Schiedsrichter, einer gewählt vom Staate, einer vom Eigentümer, der dritte von diesen beiden Richtern

zusammen, im Nichteinigungsfalle gewählt vom diplomatischen Korps in Tanger. Der Eigentümer kann gegen einen Entscheid an das zuständige Gericht appellieren (Art. 115—119).

VII. Allgemeine Bestimmungen.

Das Abkommen der Marokkokonferenz tritt spätestens am 31. Dezember 1906 in Kraft.

Art. 122 der Generalakte.

„Le présent Acte Général entrera en vigueur le jour où toutes les ratifications auront été déposées, et au plus tard le trente et un décembre mille neuf cent six.

Au cas où les mesures législatives spéciales, qui dans certains pays seraient nécessaires pour assurer l'application à leurs nationaux résidant au Maroc de quelques-unes des stipulations du présent Acte Général, n'auraient pas été adoptées avant la date fixée pour la ratification, ces stipulations ne deviendraient applicables, en ce qui les concerne, qu'après que les mesures législatives ci-dessus visées auraient été promulguées."

Alle Friedensschlüsse, Konventionen und Verträge der Mächte bleiben in Kraft, doch gehen die Bestimmungen des Marokkoabkommens von 1906 den Vertragsbestimmungen der einzelnen Mächte vor.

Art. 123 der Generalakte.

„Tous les traités, conventions et arrangements des Puissances signataires avec le Maroc restent en vigueur. Toutefois, il est entendu qu'en cas de conflit entre leurs dispositions et celles du présent Acte Général, les stipulations de ce dernier prévaudront."

Am 7. April 1906 findet die Unterzeichnung der Generalakte durch die Mächte statt.

Der Sultan behält sich die definitive Entscheidung noch vor.

Es wird ein „Protocole Additionel" durch die Mächte aufgestellt, worin der italienische Minister Malmusi in Marokko beauftragt wird, im Namen sämtlicher Signaturmächte der Konferenz die nötigen Schritte beim Sultan zu unternehmen, um ihn zur Annahme und zur sofortigen Inkrafterklärung der Generalakte zu bewegen.

Am 18. Juni 1906 erfolgt die definitive Annahme der Generalakte durch den Sultan.

C.

Rückblick und Ergebnis der Konferenz.

Werfen wir einen kurzen Rückblick auf die Konferenz und betrachten wir deren Ergebnis.

Wie weit war es Frankreich gelungen, seine Forderungen durchzusetzen und was hat Deutschland erreicht?

Frankreich hatte durch Annahme der Konferenz seine Aspirationen auf Marokko zum grossen Teile aufgegeben oder wenigstens auf sehr unsicheren Boden gestellt; es war höchst ungewiss, was sich an Sondervorteilen retten liesse. Deutschland anderseits hatte die Konferenz durchgesetzt, hatte aber Frankreichs Sonderstellung im Prinzipe anerkennen müssen.

Politisch vielleicht die wichtigste Frage, und deshalb der wichtigste Verhandlungsgegenstand der Konferenz überhaupt, ist, wie schon früher erwähnt, die Polizeireform. In dieser Frage siegte im grossen und ganzen Frankreich. Frankreich und Spanien vermochten es durchzusetzen, dass das Polizeimandat ihnen allein übertragen wurde, mit Ausschluss jeder andern Nation. Freilich mussten sie sich das Generalinspektorat einer neutralen Kleinmacht (der Schweiz) gefallen lassen, aber die Hauptsache war und blieb die Ausschaltung der anderen Nationen.

Frankreich war nun in der Lage „de donner à Fez les conseils“, welche es für nötig erachtete. Welcher Einfluss liess sich nicht durch die Polizei gewinnen und welche Gelegenheiten und Möglichkeiten konnten nicht alle unter

dem Vorwand der Sorge für die öffentliche Sicherheit entstehen". Liessen sich die Aspirationen auf Marokko nicht vielleicht doch einmal verwirklichen?

Deutschland war also mit der Internationalität in der wichtigsten Frage abgewiesen, es musste sich mit dem neutralen Generalinspektorat und der Berichterstattung an das diplomatische Korps begnügen.

Wenn man in Frankreich im grossen und ganzen zufrieden war mit dem Ausgang der Konferenz und in Deutschland eher missmutig, so bezieht sich dies besonders auf diese Frage.

Der französische Minister des Auswärtigen äusserte sich in der französischen Kammersitzung vom 12. April 1906: „. . . . nous ne sommes pas moins heureux de constater que les résultats sont acceptés par toutes les nations".

Die französisch-spanischen Polizeimandate werden folgendermassen verteilt auf die einzelnen Häfen:

Französische Instruktoren in Rabat, Mazagan, Safi und Mogador.

Spanische Instruktoren in Tetuan und Larache.

Gemischt in Tanger und Casablanca.

Die Dauer der Polizeireform wird auf fünf Jahre festgesetzt, mit der Datierung von der Ratifikation der Generalakte.

Das Reglement wird durch ein Komitee aufgestellt, bestehend aus dem marokkanischen Kriegsminister, dem Geralinspektor, dem obersten französischen und dem obersten spanischen Instruktionsoffizier.

Der Bestand der Polizeitruppe beträgt 2000 bis 2500 Mann mit 16 Offizieren und 32 Unteroffizieren französischer und spanischer Herkunft. Die Verteilung geschieht in Gruppen von 150 bis 500 Mann.

Die andere ebenfalls sehr wichtige Frage der Konferenz ist die Bankfrage. Auch hier vermochte Frank-

reich eine gewisse Begünstigung zu erlangen, wenn auch nicht in der gewünschten Höhe. Gestützt auf die grossen finanziellen Interessen und besonders als Kompensation der Vorzugsrechte des Anleihens des französischen Konsortiums von 1904 verlangte Frankreich vier Anteile am Kapital der Bank. Es wurden ihm aber nur zwei gegeben (die anderen Staaten erhalten je einen Anteil).

Bezüglich der Oberaufsicht über die Bank musste Frankreich in einen Kompromiss einwilligen. Es befürwortete eine cherifische, musste aber eine internationale Oberaufsicht annehmen, freilich nicht durch das diplomatische Korps, sondern durch vier Staatsbanken, die Bank von Frankreich, die deutsche Reichsbank, die Bank von Spanien und die Bank von England.

Bezüglich der Gesetzgebung in Anwendung auf die Bank wurde das französische Gesetz angenommen.

In der Frage der Gerichtsbarkeit — die Bank als Beklagte — fand wiederum ein Kompromiss statt. Das französische Konsularrecht wurde abgewiesen, dafür zwei Gerichtshöfe eingesetzt, das Bundesgericht in Lausanne und ein gemischter Konsulargerichtshof, freilich mit etwas anderer Zusammensetzung, als ihn das deutsche Projekt vorgesehen hatte.

Das Bundesgericht in Lausanne ist bestimmt für Streitigkeiten zwischen der marokkanischen Regierung und der Bank, ebenso zwischen den Aktionären und der Bank.

Der gemischte Gerichtshof besteht aus drei Konsularmagistraten mit Beisitz von zwei kaufmännischen Notabeln. Er findet seine Anwendung bei Privaten. Bei Uebersteigung einer gewissen Summe gibt man den Privaten die Garantie eines Magistratenhofes.

Für die Fälle, wo die Privaten als Beklagte, nicht als Kläger auftreten, werden die zuständigen Konsulargerichte eingesetzt.

Der Verwaltungsrat wird durch die Generalversammlung der Aktionäre gewählt mit nachheriger Genehmigung durch die nationalen Gruppen.

Als Sitz der Bank wird Tanger bestimmt. — Die Konzessionsdauer beträgt 40 Jahre. — Die Statuten der Bank werden durch ein spezielles Statutenkomitee, gebildet von den Unterschriftsgruppen der Bank, aufgestellt.

Die von der Bank an die marokkanische Regierung zu leistenden Vorschüsse sind nur für die Polizei und die öffentlichen Arbeiten bestimmt.

Deutschlands Forderung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Nationen ist von der Konferenz ohne weiteres gutgeheissen worden. Deutschland hat durch ausdrückliche Festlegung des Prinzips der offenen Tür für seine eigenen und die wirtschaftlichen Interessen anderer Länder nicht zu unterschätzende Garantien geschaffen.

Bezüglich Ausführung und Betrieb der öffentlichen Arbeiten und Einrichtungen und Erteilung von Konzessionen werden folgende Bestimmungen getroffen:

Oeffentliche Einrichtungen dürfen unter keinen Umständen den besonderen Interessen eines einzelnen Staates dienen. Die Erteilung von Konzessionen für öffentliche Arbeiten und den Betrieb öffentlicher Einrichtungen, sowie für Ausbeutung von Minen und Korkeichenwäldern erfolgt durch öffentliche Zusprechung, ohne Bevorzugung irgend einer Nation. Werden öffentliche Arbeiten auf dem Wege der freien Konkurrenz ausgeführt, so darf keine Nation weder direkt noch indirekt begünstigt werden.

Bei Ausführung öffentlicher Arbeiten mit fremder Hilfe hat die Autonomie der marokkanischen Regierung vollständig gewahrt zu bleiben.

In einem Schlussparagraphen erklärt die Konferenz alle bisherigen Verträge, Konventionen und Abmachungen aller Nationen in Kraft bestehend, soweit sie den Bestimmungen

dieser Akte nicht widersprechen. — Im französisch-englischen Abkommen von 1904 war nur der Fortbestand der englischen Verträge garantiert.

Die übrigen Traktanden der Konferenz sind, wie schon erwähnt, mehr administrativer Natur und geben wenig Anlass zu politischen Differenzen. Der Sultan meldet sich auch hier zum Worte, seine Forderungen bleiben aber meist unberücksichtigt. Der Sultan wünscht möglichst hohe Zölle, Steuern und Abgaben und Verwendung derselben nach eigenem Ermessen. Die Mächte setzen aber möglichst niedrige Ansätze und spezielle Verwendung für öffentliche Arbeiten durch.

Von gewissem Interesse ist es, in diesem Zusammenhange einen Blick auf das Verhalten der einzelnen Mächte in den Verhandlungen zu richten. Es interessiert dies umso mehr, als die Konferenz in der Zeit stattfindet, wo man viel von der Einkreisung Deutschlands spricht.

Im allgemeinen lassen sich zwei Mächtegruppen unterscheiden, der Gefolgschaft Deutschlands und Frankreichs entsprechend, doch ist die Scheidung nicht immer deutlich ersichtlich. Manchmal treten Mächte vermittelnd auf oder verhalten sich neutral.

Der treue „Sekundant" Deutschlands ist Oesterreich, dessen Delegierter gemäss seiner Instruktion „in enger Fühlung mit seinem deutschen Kollegen zu bleiben" Deutschland in allen Punkten auf das Entschiedenste unterstützt oder Deutschland durch einen Vermittlungsvorschlag aus einer unhaltbaren Situation zu ziehen sucht, wie z. B. bei der Frage der Internationalität der Polizei.

Italien bewahrt eine gewisse Reserve und verhält sich mehr neutral. Es ist durch geheime Abmachungen bezüglich Tripolis an die Mittelmeermächte gebunden und kann deshalb seine Alliierten nicht unterstützen. Wenn es auftritt, geschieht es meist, um zu vermitteln, wie bei der

Frage der Legislatur und Jurisdiktion in der Bankangelegenheit. — Somit ist Deutschland ausschliesslich auf Oesterreich angewiesen. —

Man begreift die Freude der französischen und den Missmut der deutschen Presse; die französische Presse glaubt schon eine Quadrupel-Allianz Frankreich, Russland, England, Italien einem deutsch-österreichischen Zweibunde gegenüberstellen zu können. So weit berechtigt jedoch die Haltung Italiens nicht.

Frankreich findet in allen wichtigen Fragen die entschiedenste Unterstützung bei England, das den deutschen Forderungen mit gleicher Entschlossenheit entgegentritt wie Frankreich selbst. Russland nimmt ebenfalls entschieden Partei für seinen Alliierten. Aber nicht nur bei Fragen ersten Ranges, auch bei Fragen geringerer Wichtigkeit findet Frankreich sichere englische und russische Unterstützung.

England tritt auch vermittelnd auf, wie bei der Frage der Oberaufsicht über die Bank.

Spanien unterstützt die französischen Forderungen, weil seine eigenen Interessen damit verknüpft sind (Polizei und Bank).

So sehen wir gelegentlich Deutschland und Oesterreich gegenüber der vereinigten Gruppe von Frankreich, England, Russland und Spanien.

Die Vereinigten Staaten beteiligen sich nur wenig, ebenso die kleinen Mächte. Diese nehmen etwas mehr Anteil an den nichtpolitischen Fragen.

Marokko selbst spielt eine ganz unbedeutende Rolle. Seine Vorschläge werden meist verworfen oder man schreitet ohne Beachtung darüber hinweg.

Am 7. April 1906 unterzeichnen die Mächte die Generalakte und am 18. Juni 1906 erfolgte die definitive Annahme derselben durch den Sultan.

Literatur.

Gelbbuch über Marokko. Frankreich.

1. Documents diplomatiques, Affaires du Maroc 1901—1905.
2. Documents diplomatiques, Protocoles et comptes rendus de la Conférence d'Algésiras 1906.

Weissbuch über Marokko, Deutschland.

Rotbuch über Marokko, Oesterreich.

Diplomatische Aktenstücke und Dokumente über die Internationale Konferenz von Algesiras 1905—1906.

Französisch-englisches Marokko-Abkommen 1904 und Französisch-englisches Geheimabkommen 1904.

Declaration between the United Kingdom and France respecting Egypt and Morocco, together with the Secret Articles signed at the same time. April 8, 1904.

Französisch-spanisches Marokko-Abkommen 1904 und Französisch-spanisches Geheim-Abkommen 1904.

Franco-Spanish Declaration and Convention respecting Marocco. October 3, 1904.

Rede von Kiderlen-Wächter am 17. November 1911 in der Budget-Kommission des Reichstages.

Rede des deutschen Reichskanzlers Bethmann von Hollweg am 9. November 1911 im deutschen Reichstag.











